Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 76. Dienstag, den 31. März 1914. 21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Zauberworte.

Seit den beispiellosen Herausforderungen des deutschen Militarismus und dem ebenso beispiellosen Zurückweichen des deutschen Reichstages vor ihnen hallen die gesinnungstüchtigen Blätter aller Schattierungen von den Schlagworten des Kriegsherrn und der Kommandogewalt wider. Es sind Zauberworte, die eine narkotisierende Wirkung ausüben sollen und leider auch vielfach noch ausüben, wenigstens auf die, die niemals alle werden. Diese guten Leute und schlechten Musikanten glauben, die heiligsten Güter der Nation zu gefährden, wenn sie den Kriegsherrn antasten und an seiner Kommandogewalt rütteln.

Sucht man sich über die beiden Schlagworte klar zu werden, so steckt in ihnen die Theorie, daß der Kaiser zu dem Heere eine ganz andere Stellung habe wie zu jeder anderen Reichseinrichtung, daß er gegenüber dem Heere nicht bloß Kaiser und König, sondern auch noch etwas anderes, ganz Besonderes, Geheimnisvolles und Unbekanntes sei, und daß infolgedessen die Nation sich um das Heer gar nicht zu bekümmern, in die Angelegenheiten und Organisation des Heeres gar nicht dreinzureden und nur die Gelder dafür zu bewilligen habe, was bei einer Weigerung der Volksvertretung, für diesen Zweck immer neue Millionen und Milliarden aus den Taschen des Volkes zu holen, eben als Majestätsverbrechen an dem Kriegsherrn und als Hochverrat an seiner Kommandogewalt denunziert wird.

Nun werden wir die Letzten sein, zu leugnen, daß diese Theorie in den Artikeln der Reichsverfassung über das Kriegswesen des Reichs eine starke Grundlage hat. Insofern verkörpert sich in ihr das gefährlichste Hindernis des modernen Verfassungsstaats. Sobald der Kaiser alle Stellen im Heere besetzt und das Heer eine ganz besondere Stellung zu ihm einnimmt, hat er für sich allein nicht nur ebenso viel, sondern zehnmal mehr politische Macht als das ganze Reich zusammengenommen. Diese nüchterne Tatsache wird verklärt durch den mystischen Schimmer der Zauberworte vom Kriegsherrn und seiner Kommandogewalt. Und in diesem mystischen Schein gefallen sich denn auch die Liberalen, seitdem sie aufgegeben haben, mit irgend welchem Ernst an der Herstellung eines modernen Verfassungsstaats zu arbeiten.

Allein die eigentlichen Erfinder der beiden Zauberworte sind sie nicht. Dieser Ruhm gebührt den Junkern, die hinter dem Kriegsherrn und seiner Kommandogewalt nur ihre mächtigste Organisation verstecken, auf daß sie dem biederen Philister nicht allzu früh und allzu gründlich den Star steche. Wir meinen das Offizierkorps, namentlich das preußische Offizierkorps, das der wirkliche Kriegsherr ist und das die wirkliche Kommandogewalt hat, trotz aller papiernen Rechte, die die Reichsverfassung dem Kaiser gibt, der in historischem Sinne nur der Beauftragte des Offizierskorps ist, wie dieses an seinem Teil freilich auch nur der Beauftragte des Junkertums.

Es ist einfach sinnlos, zu behaupten, das preußische Offizierkorps — und von ihm sprechen wir in erster Reihe — sei unpolitisch. Es ist weder heute unpolitisch, noch ist es jemals unpolitisch gewesen. Als um die Mitte des 17. Jahrhunderts das brandenburgisch-preußische Heer gegründet wurde, waren die Junker die Herrn im Lande und haben sich von vornherein dies gewaltigste Machtmittel des modernen Klassenstaats gesichert, wenn sie auch bald dahinter kamen, daß sie dies Machtmittel am wirksamsten gebrauchen könnten, indem sie es scheinbar von einem mystischen Kriegsherrn und einer mystischen Kommandogewalt handhaben ließen.

Greifen wir nur einige geschichtliche Tatsachen heraus, die klärlich zeigen, daß nicht der angebliche Kriegsherr, sondern das Offizierkorps der eigentliche Herr im Lande ist. Als der König Friedrich Wilhelm IV. am 20. März 1848 den Gardeoffizieren in Potsdam erklärte, er sei niemals freier und sicherer gewesen, als unter dem Schutze seiner Bürger, antwortete ihm, wie Bismarck in seinen Denkwürdigkeiten erzählt, diese junkerliche Elite mit drohendem Säbelgerassel, obgleich sie eben erst die schönsten Prügel von den Berliner Barrikadenkämpfern bekommen hatte. Den Trotz des Königs hatten die Kämpfer des Volkes gebrochen, aber nicht den Trotz der Junker, die sich nun beeilten, den sogenannten Kriegsherrn zu „strammen“, so daß er schon wenige Monate später das preußische Parlament mit seiner Kommandogewalt auseinanderjagte. Als in dem preußischen Militärkonflikt der sechziger Jahre König Wilhelm abdanken wollte, und der „liberale“ Kronprinz die Krone übernehmen sollte, weigerte sich dieser, indem er sagte, ein preußischer König, der den Thron wider den Willen des Offizierkorps besteige, sei unmöglich. Und in aller Gedächtnis wird es noch sein, daß, als im November 1908 ein allgemeines Unwetter über das persönliche Regiment hereinbrach, die kommandierenden Generäle in Berlin erschienen und den Kaiser ihres unerschütterlichen Vertrauens versicherten, worauf alles beim alten blieb, als hätte es nie einen Reichstag gegeben, der in sittlicher Entrüstung aufgelodert war.

In historisch gebildeten Kreisen der Bourgeoisie ist man sich auch vollkommen klar darüber, daß die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände im Sinne des modernen Parlamentarismus im letzten Grunde immer am Offizierkorps scheitern werde. Professor Delbrück, ein Historiker der Berliner Universität, hat kürzlich in einer kleinen Schrift ausgesprochen, daß erst ein Sedan über das preußische Offizierkorps hereingebrochen sein müsse, ehe es sich ein wirksames Mitsprechen des Reichstages in Heeresangelegenheiten gefallen lassen würde. Das klingt zynisch, ist aber nichtsdestoweniger wahr und hundertmal vernünftiger, als das Gerede vom Kriegsherrn und seiner Kommandogewalt.

Man würde sich auch irren, wenn man irgend welche Hoffnung aus der an sich ja unbestreitbaren Tatsache schöpfen wollte, daß auch das preußische Offizierkorps nicht ohne bürgerlichen Geist bestehen könne. Die deutsche Bourgeoisie hat auf diesem wie auf allen anderen Gebieten ihre vollendete Unfähigkeit zur politischen Herrschaft bekundet. Jeder Müller oder Schulze, der ein Leutnantspatent ergattert, kennt keinen höheren Ehrgeiz, als den Itzenplitzen und Zitzewitzen abzugucken, wie sie sich räuspern und wie sie spucken. Und dagegen ist nichts zu machen.

Gründliche Abhilfe wird hier erst die Arbeiterklasse schaffen. Sie hat sich schon rüstig ans Werk gemacht und läßt sich am allerwenigsten durch das Gerede mit dem Kriegsherrn und seiner Kommandogewalt imponieren. Sie weiß, daß hinter diesen Zauberworten nichts steckt, als der Eigennutz und die Herrschsucht des Junkertums.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Eine Statistik des Wehrbeitrags.

Nach Mitteilung einer Korrespondenz sind dem Bundesrat Bestimmungen über die Aufnahme einer Wehrbeitragsstatistik für das Reichsgebiet zugegangen. Durch Aufnahme einer Statistik über Vermögen und Einkommen auf Grund des Wehrbeitragsgesetzes, die zugleich einem vom Reichstage ausgesprochenen Wunsche Rechnung trägt, werden in gewisser Hinsicht zuverlässige Grundlagen für die Beurteilung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse innerhalb des Reichsgebietes geschaffen und zum ersten Male sichere Anhaltspunkte für die bisher lediglich auf Schätzungen angewiesene Bemessung des Volksvermögens gewonnen. Die nach dem Entwurfe lediglich von den Veranlagungsbehörden aufzustellenden Uebersichten lassen die Schaffung einer eingehend gegliederten, zuverlässigen Vermögensstatistik erwarten. Gleichzeitig wird die Statistik Rechenschaft legen über das Gesamtergebnis der Veranlagung zum Wehrbeitrage. Eine Befragung der Steuerpflichtigen zum Zwecke der statistischen Aufnahme findet nicht statt.

Die Statistik wird auch sonst von Wert sein, indem sich besonders dort, wo schon bisher eine Vermögenssteuer bestand, feststellen lassen wird, in wie hohem Maße sich bisher der Besitz vom ehrlichen Steuerzahlen gedrückt hat. Da auch die höheren Einkommen über 5000 Mark von dem Wehrbeitrag mitbetroffen werden, so wird infolge des Generalpardons sich auch für diese Kreise, die keine großen Vermögen haben, ein ähnlicher Vergleich ziehen lassen.

Der Krakeel der Besiegten.

Nach dem Ausfall der Stichwahl in Borna-Pegau halten es die Nationalliberalen für angebracht, ihrem Herzen Luft zu machen über die Wahlkampfesmethode des Reichsverbandsgenerals. Das nationalliberale „Leipziger Tageblatt“ schreibt nämlich:

„Wie die Dinge lagen, konnte man darüber sicher sein, daß der Endausgang nicht anders geworden wäre, wenn etwa die Aufstellung einer nationalliberalen Kandidatur unterblieben wäre. Ihre Gegner werden freilich in dem Vorgehen der nationalliberalen Partei mit einer eigenen Kandidatur den Grundfehler sehen. Bei Unglücksfällen pflegen die Betroffenen auf der Suche nach dem Schuldigen mehr ihrem Groll als ihrer besseren Ueberlegung zu folgen. So verzeihlich das sein mag, so nötig ist es, der konservativen Leitung und insbesondere dem Bunde der Landwirte und dem Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie zu sagen, daß sie den Wahlkampf nicht so geführt haben, wie es für den Endzweck gut gewesen wäre. Der Wahlkampf ist eine öffentliche Sache. Die nationalliberale Partei hat, wie ihr das auch von konservativer Seite zugestanden wird, von vornherein auf die Masse der Wähler zu wirken versucht. Sie hat ihre Redner in die konservativen Versammlungen geschickt, aber auch in die sozialdemokratischen. Ihr Kandidat stand überall Rede und Antwort. Die für Herrn von Liebert arbeitenden Sendboten des Bundes der Landwirte und des Reichsverbandes meinten aber, sich auf die öffentlichen Auseinandersetzungen nicht verlassen zu können; sie meinten „nützliche Kleinarbeit“ zu leisten durch die Veranstaltung von „vertraulichen Besprechungen“. Sie riefen an großen, kleinen und kleinsten Orten „sichere Leute“ zusammen und machten sie scharf, gewiß in dem guten Glauben, damit einen Erfolg zu erzielen. Aber mochten sie da und dort auf diese Weise eine sichere Gefolgschaft gewinnen — sie wurde reichlich aufgewogen durch den Schaden, den sie durch diese Geheimtuerei anrichteten. Was nämlich aus diesen Versammlungen zu den anderen Wählern herausdrang, mußte diese in höchstem Maße verärgern und erbosen. Es fehlte ja jede Kontrolle. Die ungeheuerlichsten Behauptungen konnten über die liberalen Parteien und ihren Kandidaten ausgesprochen werden, ohne daß immer sofort die Möglichkeit bestand, die Wahrheit öffentlich festzustellen. Gerade dieses Verfahren, das wir als eine Verschlechterung der Wahlsitten bezeichnen, hat in bürgerlichen Kreisen viel böses Blut gemacht. Gewiß arbeitet die Sozialdemokratie vielfach mit dem gleichen Mittel; auf zehn Mann kommt ein regelrechter Agitator, und was er in die Köpfe hineinredet, wird häufig mit wahrer Aufklärung so gut wie nichts gemein haben. Das ist aber, meinen wir, kein Grund, nun auch in der bürgerlichen Wählerschaft den Wahlkampf auf das Zeichen der Geheimbündelei einzustellen. Man mußte bedenken, daß auf die Hauptwahl die Stichwahl folgte und daß man die von den Geheimversammlungen ausgeschlossenen Wähler nachher bitter nötig hatte.“

Konservative, Bund der Landwirte und Reichsverband werden natürlich nicht verfehlen, nun auch den Nationalliberalen allerhand Sünden vorzuhalten, wobei dann schließlich nach berühmtem Beispiel beim Zank dieser edlen Seelen die Wahrheit über diese betrogenen Betrüger herauskommt.

Zum Kampf gegen die Polen.

In verschiedenen Klassen der Posener städtischen Volksschulen wohnte am Sonnabend eine Kommission, bestehend aus dem Oberpräsidenten der Provinz Posen, mehreren Räten aus dem Kultusministerium und Kreisschulinspektoren bei, um sich über die Fortschritte der Schüler in der deutschen Sprache zu informieren. Es handelt sich, dem „Posener Tageblatt“ zufolge, um die geplante Aenderung in der Erteilung des Religionsunterrichts, für den in Posen in den unteren Stufen noch die polnische Sprache gilt.

Amerika gegen das deutsche Petroleummonopol.

Der amerikanische Botschafter in Berlin ist vom Staastdepartement der Vereinigten Staaten angewiesen worden, die deutsche Petroleummonopolvorlage zu prüfen und, wenn sie eine Ungerechtigkeit gegenüber amerikanischen Interessen herbeizuführen scheine, Einspruch zu erheben.

Eine Korrespondenz meldet gegenüber der Vermutung, man habe sich bereits mit dem Scheitern des Entwurfs abgefunden: Das ist nicht richtig. Weder die Mehrheit des Reichstages noch die Verbündeten Regierungen denken daran, das Gesetz in die Versenkung verschwinden zu lassen.

Das Reichsschatzamt gibt nichts wieder heraus.

Da das Ergebnis über den Wehrbeitrag höher, als erwartet werden konnte, sein wird, so werden im bürgerlichen Lager Stimmen laut, die eine Herabsetzung des Wehrbeitrages fordern. Hiergegen wenden sich scheinbar im Auftrage des Reichsschatzamtes ganz entschieden die „Berliner Politischen Nachrichten“. Im übrigen kündigt die Korrespondenz an, daß das endgültige Ergebnis vor September nicht zu erreichen sein wird. Eine annähernde Schätzung werde allerdings im April erfolgen können.

Die Einschätzung zum Wehrbeitrag hat für die Stadt Braunschweig ein Mehrvermögen von 50 bis 60 Millionen Mark ergeben.

Aus dem Zentrumslager.

Die beiden Zentrumskämpen Dr. Heim und Dr. Pichler werden sich demnächst wohl vor Gericht begrüßen. In dem alten Streit zwischen beiden gibt Dr. Heim dem Passauer Domprobst folgende Pille zu schlucken:

„Herr Dr. Pichler erinnert sich vielleicht der Richtigkeit des Satzes, daß man sehr kurz Unwahrheiten, Ent-

stellungen, Verdrehungen, Verleumdungen aussprechen kann, daß man diese Unwahrheiten, Entstellungen, Verdrehungen und Verleumdungen aber nicht so kurz widerlegen kann. Damit glaube ich Herrn Dr. Pichler Gelegenheit gegeben zu haben, die Preßdebatte zu beendigen und die Wahrheit auf anderem Wege feststellen zu lassen."

Dr. Pichler wird nicht umhin können, dem Zentrumsbruder die Antwort vor dem Kadi zu geben.

„Einigung" im nationalliberalen Lager.

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei hielt am Sonntag eine Sitzung in Berlin ab. Die Verhandlungen standen im Zeichen der Einigung. Die Rede Bassermanns floß über von froher Zuversicht und Freude an der prächtigen „Harmonie" in der nationalliberalen Partei. Mit Ausnahme der Konservativen seien Meinungsverschiedenheiten in allen Parteien vorhanden, die wenigsten aber noch in der nationalliberalen Partei. In der Diskussion, an der sich Vertreter aus den verschiedenen Bundesstaaten beteiligten, kam der Wunsch zum Ausdruck, die Harmonie, von der Bassermann phantasiert hatte, wenigstens auch äußerlich zum Ausdruck zu bringen; d. h. die jungliberale und die altnationalliberale Organisation zu beseitigen. Bassermann, Dr. Friedberg, und der Führer der sächsischen Nationalliberalen, Dr. Vogel, stellten den Antrag, „den geschäftsführenden Ausschuß zu beauftragen, Verhandlungen einzuleiten, um die gleichzeitige Auflösung des jungliberalen wie des altnationalliberalen Verbandes unverzüglich herbeizuführen." Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Die Altnationalliberalen waren aber vorsichtig gewesen. Bevor sie diesem Antrag zustimmten, hatten sie sich versichert, daß die „Einigung" nur auf der Basis der altnationalliberen Taktik erfolge und sie ließen sich ihren Triumph dann durch folgende wieder von dem Drei-Männer-Kollegium Bassermann, Friedberg und Vogel eingebrachte Resolution bestätigen:

„Der Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei bringt den Beschluß seines Geschäftsführenden Ausschusses vom 1. Oktober 1911 gegen das Eingehen bindender Verpflichtungen nationalliberaler Kandidaten gegenüber anderen Parteien in Erinnerung. Er erwartet, daß dieser Beschluß insbesondere hinsichtlich sozialdemokratischer Stichwahlbedingungen ausnahmslos befolgt wird, da ein anderes die Freiheit der parlamentarischen Betätigung ausschließendes Verhalten mit der Reichsverfassung, der Vertrauensstellung der Abgeordneten und den Grundsätzen der Nationalliberalen Partei nicht vereinbar ist."

Das ist ein glatter Sieg der Fuhrmannschen Richtung in der Nationalliberalen Partei, und die „Einigung" ist also nichts anderes als eine merkbare Schwenkung nach rechts, die allerdings schon seit einiger Zeit vorauszusehen war.

Eine Abfuhr der Rüstungstreiber.

Die „Bayerische Staatszeitung" hat sich über die Angriffe geärgert, die der Wehrvereinsgeneral Keim gegen den bayerischen Ministerpräsidenten Hertling kürzlich in Essen unternommen hat. Sie sendet daher an die Adresse Keims und seiner Trabanten folgende Epistel:

„Der durch den Eifer, mit dem er die maßgebenden politischen und militärischen Stellen im Reich über den Umfang ihrer Pflichten belehrt, nicht gerade vorteilhaft bekannte General Keim hat sich gelegentlich einer Versammlung, die kürzlich in Essen stattfand, in mehr scharfen als überlegten Angriffen gegen den bayerischen Ministerpräsidenten wegen dessen bekannten Äußerungen über die Rüstungen ergangen. General Keim ist ein Mann, dessen vortreffliche Absichten über jeden Zweifel erhaben sind, dem aber, wie die ganze Art seiner Agitation zugunsten der Stärkung unserer militärischen Machtmittel erweist, die Gabe des Maßhaltens fehlt, das zur Führung einer ernsthaften Diskussion benötigt ist. Die Art vollends, mit der die Notwendigkeit einer neuen Milliarde für Heereszwecke begründet, ist geradezu grotesk. Dieser begeisterte Patriot prophezeit nämlich für den Fall, daß sein Vorschlag, neuerdings tausend Millionen für Heereszwecke auszugeben, nicht verwirklicht werden sollte, nichts Geringeres als den Verlust verschiedener Provinzen und 30 Milliarden Kriegsentschädigung. Eine Agitation dieses Stiles kann der Sache unserer Armee nicht nützen, ihr vielmehr nur schaden, da sie allen antimilitaristischen Elementen im Reich willkommene Angriffspunkte bietet."

Die Erleichterungen bei der Fleischeinfuhr,

die durch Gesetz vom 13. Februar 1913 eingeführt wurden, sind mit dem 31. März wieder aufgehoben. Demgemäß wird den Gemeinden die Zollvergütung nur noch für solches Fleisch gewährt werden, das sie bis zum 31. ds. Mts. an die Verbraucher abgesetzt haben. Für Fleisch, das erst nach diesem Zeitpunkt abgesetzt wird, verbleibt es bei der Erhebung der vollen Zollsätze von 27 bezw. 35 Mk. für den Doppelzentner.

Die Einschränkung der Freizügigkeit

fordert ein Antrag, den der Verband der Vereine Kreditreform, E. V. Leipzig an den Bundesrat gerichtet hat und mit dem sich jetzt die Handelskammern beschäftigen. In dem Antrag wird verlangt, daß diejenigen Personen, die sich von ihrem bisherigen Aufenthaltsort abmelden, eine Bescheinigung von der Ortspolizei erhalten, in der der Ort ihres künftigen Domizils bezeichnet wird. Durch die Verschärfung des polizeilichen Meldewesens soll verhindert werden, daß sich Schuldner durch Angabe ihres Wohnortes und unrichtige Angabe des neuen Wohnortes den Nachforschungen der Gläubiger entziehen.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Die sozialpolitische Deputation der Mainzer Stadtverordnetensitzung beschloß, dem Reichstag einen Protest zugehen zu lassen gegen den Beschluß der Reichstagskommission, die völlige Sonntagsruhe nur für die Städte mit über 75 000 Einwohnern festzusetzen, den kleinen Orten aber eine beschränkte Sonntagsruhe zu gestatten. Die städtische Deputation protestiert gegen jede Differenzierung nach Einwohnerzahl oder anderen Merkmalen. Vielmehr spricht sich die Deputation für allgemeine völlige Sonntagsruhe im ganzen deutschen Reich aus. Sehr richtig!

Staatliche Fürsorge für die Kleinbauern und für die Großgrundbesitzer.

Die ostpreußische Landwirtschaftskammer hat zur Förderung der Viehzucht für 1914 folgende Summen bereit gestellt: Für Pferdezucht 256 290 Mk. (davon 256 110 Mk. Staatsbeihilfe) — mehr gegen das Vorjahr 48 840 Mk.; für Rindviehzucht 188 581 Mk. (davon 161 231 Mk. Staatsbeihilfe) — mehr gegen das Vorjahr 19 641 Mk. Für Förderung der Kleinviehzucht dagegen erscheinen folgende Zahlen: für Schweinezucht 6400 Mk., für Schafzucht 2500 Mk., für Ziegenzucht 2550 Mk. und für Kaninchenzucht 1500 Mk. — Allein das Mehr, das in diesem Jahre zur Förderung der Pferdezucht ausgegeben wird, beträgt nahezu viermal soviel, als für die Schweine-, Schaf-, Ziegen- und Kaninchenzucht aufgewendet wird. So sorgt man für die Kleinen und für die Großen.

Die unangenehmen „Kleinen Anfragen".

Die sächsische Regierung hat nach einer Mitteilung der „Täglichen Rundschau" es abgelehnt, auf Anträge einzugehen, durch die im sächsischen Landtage die Einrichtung der sogenannten „kleinen Anfragen" eingeführt werden sollte. Die Regierung erklärte, daß sich bei den Kleinen Anfragen im Reichstage etwas Positives nicht ergeben habe, und daß man voraussichtlich dieselbe Erfahrung auch im sächsischen Landtage machen würde. Derlei Anfragen verursachten nur viel Arbeit, ohne einen entsprechenden Gewinn zu erzielen.

Die Rache der Geschlagenen.

Die Niederlage des Reichsverbandsgenerals v. Liebert, die zugleich eine derbe Verurteilung der berüchtigten Reichsverbandsmethoden darstellt, hat dem Reichsverbande völlig die Besinnung geraubt, und er sieht schon in seiner Angst eine sozialdemokratische Reichstagsmehrheit. Er schreibt in seiner Korrespondenz:

> Wenn Wahlkreise wie Borna bei einem Uebergewicht von 3000 bürgerlichen Wählern an die Sozialdemokratie verloren gehen, dann sind nur ganz wenige Reichstagssitze vor der roten Uebereumpelung sicher, dann ist eine sozialdemokratische Reichtagsmehrheit bei den nächsten Wahlen ins Bereich der Möglichkeit gerückt. Will die Regierung auch ferner sich nicht zu einer einzigen gesetzgeberischen Tat gegen die Umsturzpartei entschließen? Will sie die ungeheure Volksverhetzung durch die sozialdemokratische Presse in dem seitherigen Maße weiterdulden, will sie tatenlos zusehen, bis ein Bürgerkrieg vor der Tür steht, bis die Macht der Bajonette die letzte Lösung ist?

Wir können es den Herren vom Reichsverband nachfühlen, daß der Wahlerfolg der Sozialdemokratie in Borna-Pegau ihnen wenig Freude bereitet hat. Was an uns liegt, wollen wir tun, um dem Reichsverband noch weitere Enttäuschungen und Niederlagen zu bereiten, selbst auf die Gefahr hin, daß er noch größeres Geschrei über die „ungeheure Volksverhetzung durch die sozialdemokratische Presse" anstimmt.

Fortschrittlich-nationalliberales Wahlbündnis in Sachsen.

Der Landesausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei Sachsens, der am Sonntag in Dresden eine Sitzung abhielt, stimmte dem Abschluß eines Wahlbündnisses mit den Nationalliberalen bei den kommenden Landtagswahlen in Sachsen zu. Bedingung ist nur, daß der fortschrittliche Besitzstand gewahrt bleibt. — In den weiteren Verhandlungen gab es eine längere scharfe Aussprache über das eigenmächtige Eingreifen des Landtagsabgeordneten Brodauf in dem Wahlkampf in Borna-Pegau. Brodauf hatte bekanntlich die Fortschrittler aufgefordert, für Liebert zu stimmen. Zu einer einmütigen Verurteilung dieses Verhaltens konnte sich freilich der Landesausschuß der sächsischen Fortschrittler nicht aufraffen. Man sah deswegen auch von einer Beschlußfassung ab. Aus diesem Grunde ist auch die Tatsache nicht weiter hoch anzuschlagen, daß ein Leipziger Redner Pudor starken Beifall fand, als er Brodauf gegenüber betonte, der Feind stehe rechts; die Fortschrittler könnten ihre Position nur stärken, wenn sie Stellung gegen rechts nehmen.

Schweden.

Wahlen zur zweiten Kammer. Die ersten Resultate der Wahlen zur zweiten Kammer werden jetzt bekannt. Bei der gestrigen Aufzählung der Stimmen in dem einen der beiden Stockholmer Wahlkreise zeigte sich, daß für die Partei der Verteidigungsfreunde 6220 Stimmen abgegeben worden sind, während die Liberalen (Anhänger des ehemaligen Ministerpräsidenten Staaf) 3580 Stimmen und die Sozialdemokraten 10831 Stimmen erhielten. Die Liberalen verloren damit ihr Mandat an die Verteidigungsfreunde. Bei den Wahlen im Jahre 1911 erhielten im gleichen Wahlkreise die Moderaten 3291 Stimmen, die Liberalen 3830, die Sozialdemokraten 9340 Stimmen. Die Wiederwahl des Führers der Rechten, Admiral Lindman, des Führers der Sozialdemokraten, Redakteur Branting, und des ehemaligen Kultusministers im Ministerium Staaf, Dr. Berg, sind gesichert.

Frankreich.

Die gegenwärtige Situation. Die Aufmerksamkeit der gesamten öffentlichen Meinung in Frankreich ist so sehr auf die Verhöre und die Ergebnisse der Rochette-Kommission gerichtet gewesen, daß die anderen politischen Vorkommnisse der vergangenen Woche dagegen völlig in den Hintergrund traten. Das Ergebnis der Kommission steht noch immer nicht protokollarisch fest. Aber feststehende Ergebnisse hat die Kommission bereits für jeden die Angelegenheit verfolgenden Menschen gezeitigt. Das erste Ergebnis ist, daß auch die ehrlichste Demokratie sich im kapitalistischen Klassenstaat auf die Dauer nicht sauber halten kann von Fäulnis und Korruption. Der Schwindler Rochette hat in seinem an die Kommission gerichteten Brief, der gegenüber den Aussagen der anderen, von der Kommission Vernommenen wirklich den Eindruck der vollsten Wahrheit macht, des Pudels Kern enthüllt. Man war Rochette gefällig, weil er in der Lage war, nachzuweisen, daß das kapitalistische Frankreich als Staat mit dem Besitze des französisch Volkes in viel unverantwortlicher Weise gewirtschaft hat, als Rochette selbst, den man des Betruges angekla hat. Im Interesse des kapitalistischen Staates, der v Rochette auf das Aeußerste hätte diskreditiert werd können, waren Minister und andere hohe Staatsbeam Rochette so gefällig, daß er jetzt ruhig im Auslande f seines Lebens freuen kann. Dieses Ergebnis, daß d vernichtendste Kritik des kapitalistischen Staates ist, h einige Kommissionsmitglieder aus den Parteien d Feinde der Republik und der Chauvinisten so wüte gemacht, daß sie aus der Kommission ausschieden. Und, wunderbare Seelenverwandschaft! auch die deutsch Chauvinisten sind über dieses Ergebnis auf das heftig erbittert. Im Mittelpunkte der gesamten inneren Pol tik Frankreichs steht zurzeit Genosse Jaurès. Sei objektive und energische Leitung der Kommissionsve handlungen wird allgemein anerkannt. Es scheint i den weitesten Kreisen des Volkes die Ueberzeugu mächtig und mächtiger zu werden: die Rettung Fran richs, seine innere Gesundung kann allein ausgehen vo der sozialistischen Demokratie. Ein gutes Vorzeichen fü die kommenden Wahlen. Trotzdem freilich versucht fü die kapitalistische interessierte Presse in mehr oder mi der versteckten Angriffen auf die Kommission. So schri die „Temps" von dem Geheimnis des Policinells. Wa tat Jaurès? Er lud sofort den Direktor des Blattes vo die Kommission. Hebrard, der Leiter der „Temps" e schien. Auf die positiven Fragen, ob er irgend etwas zu Aufklärung der Rochette-Angelegenheit zu sagen wüßt wußte Hebrard nur zu erklären, daß er nicht den g ringsten Untergrund für seinen Artikel gehabt habe. E habe lediglich auf den Strauch geschlagen. Ein Beispie wie die kapitalistische Presse arbeitet. Ein weiteres i direktes Ergebnis der Rochette-Kommission dürfte sei daß der letzte verzweifelte, mit den unfairsten Mittel von den kapitalistischen Politikern eingeleitete Kamp gegen das Ministerium der Einkommen- und Verm gensteuer als abgeschlagen gelten kann. Die Einkom men- und Vermögenssteuer erscheint gesichert. Tödlic Wunden haben bei diesem Kampfe besonders Brian und Barthou davongetragen und es dürfte sein, daß ihr politische Laufbahn ziemlich zu Ende ist.

Aus Lübeck und Nachbargebieten

Dienstag, 31. März.

Achtung, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer de Gewerkschaftskartells wird zur Entgegennahme der Beiträg am Mittwoch, den 1., Donnerstag, den 2. und Freitag, de 3. April abends von 8 Uhr ab im Gewerkschaftshaus an wesend sein.

Achtung, Bauarbeiter! Wegen Differenzen haben all Maurer auf dem Hochofenwerk ihre Arbeit eingestell Zuzug ist deshalb streng fernzuhalten.

Der Zweigvereinsvorstand des Bauarbeiterverbandes.

Achtung, Fabrikarbeiter! Die Arbeiter der Chemische Fabrik Ahrensbök stehen mit der Firma in Lohndiffe renzen. Zuzug ist deshalb fernzuhalten.

Schulentlassungen und Arbeitereltern. Die Schulen lassungen stehen wieder vor der Türe, und für viele Elter ist dieser Zeitpunkt der Beginn banger Sorgen. Besonder für diejenigen, deren Töchter in häuslichen Diensten ihr Bro suchen. Solche jungen Mädchen verlassen das Elternhau und kommen in ihnen gänzlich fremde Verhältnisse, denen si oftmals hilf- und ratlos gegenüberstehen. Unerfahren un nicht gewöhnt, selbständig zu entscheiden, eröffnet sich ihne oftmals eine Kette von Leiden, die schon manches Mädche zu unüberlegten und verzweifelten Schritten getrieben haben Sie habe ja niemanden, an den sie sich wenden können, un ihr Herz auszuschütten und um Rat zu fragen. Die Herrschaf ten können die Mädchen und ihre Leiden nicht verstehen un der Verkehr im Hause, mit andern Mädchen, ist ihnen meis verboten. Hinzu kommt, daß den in häuslichen Diensten be schäftigten Mädchen durch das Kost- und Logiswesen Fessel angelegt sind, die durch die Bestimmungen der veralteten Gesindeordnungen noch verschärft werden.

Nur in den seltensten Fällen aber wissen die Mädchen wie sie sich bei Differenzen mit den Herrschaften zu verhalten haben, und die erst kurze Zeit in Stellung Befindlichen stehen ausnahmslos diesen Dingen hilflos gegenüber.

Deshalb sollte jede Arbeiterfamilie, deren Töchter das Elternhaus verlassen, um Stellung im Haushalte fremde Leute anzunehmen, dafür sorgen, daß die jungen Hausange stellten auch fern vom Elternhause des Schutzes sicher sind dessen jeder Mensch in abhängiger Stellung und vor aller Dingen ein junges, unerfahrenes Mädchen bedarf. Diese Schutz aber bietet den Dienstmädchen der Ver band der Hausangestellten. Er vereinigt die i häuslichen Diensten Beschäftigten, bietet ihnen in Zusam menkünften gleichgesinnter und gleichgestellter Personen Au klärung und gesellige Unterhaltung und gewährt seinen Mit gliedern Rechtsschutz in Streitigkeiten aus dem Arbeitsver hältnis und Krankengeld bei Erwerbsunfähigkeit. Ferner i er eifrig bestrebt, die Schäden der privaten Stellenvermitt lung auszuschalten. Die Arbeitereltern, deren Töchter al Hausangestellte tätig sind oder solche Stellungen suchen, soll ten deshalb nicht versäumen, diese auf den Verband aufmerk sam zu machen und sie zu veranlassen, ihm beizutreten. De Verband der Hausangestellten hat in der kurzen Zeit seines Bestehens wiederholt bewiesen, daß er imstande ist, seine Mitgliedern in schwierigen Lebenslagen Helfer und Schütze zu sein Die Adresse des Verbandes ist: Berlin SO. 16, Engel ufer 21, III. Für Lübeck, Meierstr. 43a, Frau Peeck.

Der Bürgerausschuß sollte heute morgen eine Sitzung abhalten. Dieselbe konnte jedoch nicht stattfinden, da di zur Beschlußfähigkeit erforderliche Zahl von Mitgliedern nicht erschienen war.

Mit dem Bau einer neuen Brücke über die Trave be Moisling wird sich demnächst die Lübecker Bürgerschaft zu beschäftigen haben. Der Plan selbst ist nicht neu, sondern schon seit längerer Zeit erwogen worden. Am 15. Juli 191 hatte der Bürgerausschuß auf Grund eines von seiner Kom mission erstatteten Berichts den Senat ersucht, es möge mi Beschleunigung eine Vorlage zur Herstellung einer neue Brücke über die Trave bei Moisling zur verfassungsmäßige Genehmigung gestellt, dagegen die geplante Ausbesserung de alten Holzbrücke unterlassen werden. Der Senat hat danac in Projekt ausarbeiten lassen, nach welchem die Brücke 94 00 Mark kostet, und Verhandlungen mit dem Gemeindevorstan in Moisling wegen einer Beteiligung der Gemeinde an de Kosten führen lassen. Der Gemeinderat von Moisling ha aber den Antrag des Gemeindevorstandes, die Gemeinde soll 30 000 Mark beisteuern und dieses Darlehen durch einen Zu schlag von 25 Prozent zur Einkommensteuer verzinsen un tilgen, abgelehnt. Da hiernach auf eine freiwillige Beteili gung der Moislinger an den Brückenbaukosten nicht zu rec

nen ist, schlägt der Senat jetzt vor, den Hauptinteressenten auf gesetzlichem Wege einen Teil der Baukosten aufzuerlegen, da sonst das ganze Projekt fallen gelassen werden müsse. Der Senat beabsichtigt dies in der Weise zu tun, daß die Grundsteuer in den eingemeindeten Stadtteilen Moisling und Genin, welche 25 Prozent der gesetzlichen Steuersätze beträgt, entsprechend erhöht wird. Daß auch Genin von einer Erhöhung der Grundsteuer betroffen werden soll, hat seinen Grund darin, daß beide Ortschaften räumlich und wirtschaftlich so eng zusammenhängen, daß es für die Moislinger Grundbesitzer geradezu eine Schädigung bedeuten würde, wenn sie wesentlich schlechter gestellt würden als die Geniner. Würden nämlich die Moislinger Grundbesitzer durch eine Erhöhung der Grundsteuer zur Heraufsetzung der Mieten genötigt, so wäre die unausbleibliche Folge, daß ein großer Teil der Mieter nach Genin übersiedeln würde, das wie Moisling eine große Bautätigkeit entfaltet. Die Heranziehung der Geniner ist aber auch darum gerechtfertigt, weil diese ebenso stark wie die Moislinger die Brücke benutzen. Der Senat beantragt daher, daß diese Brücke über die Trave gebaut wird und daß statt der im Eingemeindungsgesetze vorgesehenen 25 Prozent der Grundsteuer von Moisling 50 Prozent und von Genin 40 Prozent erhoben werden. Beide Ortschaften würden dann 1880 Mk. oder die Hälfte der zur Verzinsung der Baukosten erforderlichen Summe aufbringen. — Es erscheint uns doch vorläufig noch sehr fraglich, ob die hauptsächlich der Arbeiterschaft angehörige Einwohnerschaft Moislings so erheblichen Vorteil von der neuen Brücke hat, daß deren besondere Heranziehung zu den Kosten als berechtigt erscheint. Der Durchgangsverkehr ist an dem Brückenbau wohl erheblich mehr interessiert.

Der Brandstiftung verdächtig. Von der Kriminalpolizei erhalten wir folgende Mitteilung: Am 27. Februar dss. Js. wurde der Arbeiter Jacob Schünemann, geboren am 22. 4. 1875 zu Aachen festgenommen, weil er versucht hatte, in der Nacht gegen 12½ Uhr durch Eindrücken von Fensterscheiben in die Marienkirche einzudringen. Er wurde wegen dieser Straftat vom hiesigen Schöffengericht mit 5 Monaten Gefängnis bestraft. Schünemann war bei Ausführung dieser Tat nicht im Besitze von Einbruchswerkzeugen, wohl aber führte er ein gut funktionierendes Taschenfeuerzeug bei sich. Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß Schünemann in der Kirche eine Brandlegung beabsichtigt hat. Bereits am 2. November v. Js. war Schünemann während des Brandes auf dem Holzlagerplatz von Brügmann u. Sohn, woselbst er seit 1907 als Arbeiter tätig ist, in einem Versteck eines Holzlagerschuppens der Firma Havemann u. Sohn betroffen worden. Der hiesigen Kriminalpolizei ist es gelungen noch andere sehr wichtige Tatsachen zu ermitteln, wodurch Schünemann dringend verdächtig erscheint, die im vorigen Jahre hier vorgekommenen Brandstiftungen verübt zu haben. Schünemann ist bereits vor 10 Jahren in Aachen der Brandstiftung und mehrerer Sachbeschädigungen beschuldigt worden. Durch sein Vorgehen hatte er das erst seit einigen Jahren bestehende Geschäft eines Kunstgärtners völlig ruiniert; es konnten ihm aber nur mehrere Sachbeschädigungen nachgewiesen werden, wofür er mit einer Gefängnisstrafe von 18 Monaten belegt worden ist. Unter Hinweis auf die ausgesetzte Belohnung von 40 500 Mark wird das Publikum ersucht, alle den Schünemann betreffenden sachdienlichen Momente der Kriminalpolizei mitzuteilen, besonders sind Angaben über seinen Aufenthalt an den Brandtagen vor erheblichem Interesse. Bemerkt wird gleichzeitig, daß beim Brand des Boldt'schen Holzlagers am Sonntag, dem 18. Mai 1913 ein älteres Ehepaar auf einen Mann aufmerksam gemacht hat, der aus der Richtung der Brandstelle durch den Garten des Fuhrunternehmers Wigger gekommen und in die Schmiede von Brinkmann gelaufen sein soll. Diese als Zeugen sehr wichtigen Eheleute haben durch die angestellten Nachforschungen bisher nicht ermittelt werden können; das Ehepaar wird ersucht, sich baldmöglichst im Bureau der Kriminalpolizei zu melden. Erwähnt sei noch, daß an der ausgesetzten Belohnung auch diejenigen Personen teilnehmen werden, die durch Angabe wichtiger Mitteilungen zur weiteren Aufklärung der Verbrechen beitragen.

Inseratenteil und redaktioneller Teil. Wir lesen in der „Frankfurter Zeitung": Das hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg hat am 2. Februar d. Js. eine Entscheidung von großem Interesse für die Presse gefällt. In einer Anzeige der „Lübeckischen Blätter" war auf eine Kunstauktion hingewiesen worden, und in derselben Nummer dieser Zeitung war im redaktionellen Teile vor schwindelhaften Kunstauktionen gewarnt worden. Der Veranstalter der Auktion wollte den Verleger der Zeitung dann für den Mißerfolg seiner Auktion haftbar machen, da in dem Blatt trotz der Aufnahme der Anzeige der warnende Artikel erschienen war. Das hanseatische Oberlandesgericht hat dies zurückgewiesen, indem es u. a. ausgeführt hat, daß die Form und der Inhalt des Artikels im redaktionellen Teil in keiner Weise über das Erlaubte hinausgehe. Dann aber könne von einer Schadensersatzpflicht auch keine Rede sein. Insbesondere könne eine solche nicht dadurch begründet werden, daß in derselben Nummer der Zeitung eine Annonce des Kunsthändlers aufgenommen worden sei. Durch eine solche Annonce könne der Verleger nicht verhindert werden, in dem redaktionellen Teil des Blattes seinen Standpunkt bezüglich der Mißstände im Auktionswesen zu vertreten. Grundsätzlich sei davon auszugehen, daß in der Presse der redaktionelle und der Inseratenteil eines Blattes streng von einander geschieden seien, und daß insbesondere dem Inserenten kein Einfluß auf den redaktionellen Teil eingeräumt werden dürfe. Es würde zu sehr bedenklichen Konsequenzen führen können, wenn man mit dem Landgericht Lübeck annehmen wollte, daß es dem Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden nicht entspreche, wenn in dem redaktionellen Teil vor dem Besuch derselben Auktion gewarnt werde, aus deren Veranstaltung der Warnende durch Ausführung eines Annoncenauftrages Gewinn ziehe. Dadurch würde einer unlauteren Beeinflussung der Presse Vorschub geleistet werden, indem jemand nur eine Anzeige in ein Blatt hineinzubringen brauche, um sich für die Zukunft die Unterlassung einer ihm schädlichen Kritik seines Verhaltens zu erkaufen. Ebenso verkehrt sei der Standpunkt, daß der Verleger durch Aufnahme der Annonce die Verpflichtung übernommen habe, alles zu unterlassen, was die bestimmungsgemäße Wirkung der Annonce schädige, und alles zu tun, damit sie ihre vertragsmäßige Wirkung auch ausübe. Daß dies unzutreffend sei, folge schon daraus, daß es danach unzulässig sein würde, Anzeigen eines Konkurrenten in dieselbe Nummer aufzunehmen. Aber die ganze Deduktion sei nicht richtig. Denn der Annoncenvertrag verpflichte den Verleger des Blattes nur dazu, die Annonce in sein Blatt aufzunehmen. Denken lasse sich freilich der Fall, daß der Verleger oder der Redakteur des Annoncenteils eine Anzeige absichtlich derartig in dem Blatte anbringe, daß sie unmöglich die beabsichtigte Wirkung ausüben könne, oder daß er der Annonce Zusätze beifüge, die die beabsichtigte Wirkung ausschließen. In solchem Falle würde er den ihm obliegenden Verpflichtungen nicht entsprochen haben. Aber die Wirkung des Annoncenvertrages kann sich immer nur auf den Annoncenteil des Blattes erstrecken.

Frühjahrskontrollversammlungen in Lübeck auf dem großen Exerzierplatz neben der alten Kaserne in der Fackenburger Allee: Infanterie (ausschließlich der Krankenträger), Jahresklasse 1901: am Donnerstag, d. 2. April, vorm. 9 Uhr; 1902: am Donnerstag, d. 2. April, vorm. 11 Uhr; 1903: am Donnerstag, d. 2. April, nachm. 1 Uhr; 1904: am Freitag, d. 3. April, vorm. 9 Uhr; 1905: am Freitag, d. 3. April, vorm. 11 Uhr; 1906: am Freitag, d. 3. April, nachm. 1 Uhr; 1907: am Sonnabend, d. 4. April, vorm. 9 Uhr; 1908: am Sonnabend, d. 4. April, vorm. 11 Uhr; 1909: am Sonnabend, d. 4. April, nachm. 1 Uhr; 1910: am Montag, d. 6. April, vorm. 9 Uhr; 1911, 1912 u. 1913, sowie die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften der Infanterie am Montag, d. 6. April, vorm. 11 Uhr. Spezialwaffen, Jahresklassen 1901 u. 1902: am Montag, d. 6. April, nachm. 1 Uhr; 1903 u. 1904: am Dienstag, d. 7. April, vorm. 9 Uhr; 1905 u. 1906: am Dienstag, d. 7. April, vorm. 11 Uhr; 1907 u. 1908: am Dienstag, d. 7. April, nachm. 1 Uhr; 1909 u. 1910: am Mittwoch, d. 8. April, vorm. 9 Uhr; 1911, 1912, 1913, sowie die zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften der Spezialwaffen: am Mittwoch, d. 8. April, vorm. 11 Uhr. Garde, Jahresklassen 1901 bis 1913, einschl. der zur Disposition der Ersatzbehörden Entlassenen: am Mittwoch, d. 15. April, vorm. 9 Uhr. Mannschaften der Marine, die keine Schiffahrt treiben, Jahresklassen 1901 bis 1913, einschl. der zur Disposition der Ersatzbehörden Entlassenen: am Mittwoch, d. 15. April, vorm. 11 Uhr. Sämtliche Ersatzreservisten des Heeres und der Marine, Jahresklassen 1901 u. 1902: am Donnerstag, d. 16. April, vorm. 9 Uhr; 1903 u. 1904: am Donnerstag, d. 16. April, vorm. 11 Uhr; 1905 u. 1906: am Donnerstag, d. 16. April, nachm. 1 Uhr; 1907 u. 1908: am Freitag, d. 17. April, vorm. 9 Uhr; 1909 u. 1910: am Freitag, d. 17. April, vorm. 11 Uhr; 1911, 1912, 1913, 1914: am Freitag, d. 17. April, nachm. 1 Uhr. Wir ersuchen alle Interessenten, die vorstehende Bekanntmachung besonders beachten eventuell ausschneiden und aufbewahren zu wollen.

Tödlicher Unglücksfall auf einem Lübecker Schiff. Der auf dem im Oberhafenkanal bei Hamburg liegende Oberländer Kahn 350, „Pionier"-Lübeck, bedienstete Bootsmann Johann Kwik, geboren am 12. Juni 1877 zu Dobro (Galizien), wollte mit seinem Handkahn an Bord seines Schiffes fahren. Durch den Wellenschlag eines Dampfers wurde der kleine Handkahn derartig in Bewegung gebracht, daß der Bootsmann das Gleichgewicht verlor und über Bord stürzte. Mehrere Bootsleute von dort liegenden Kähnen hatten den Vorfall gesehen und fuhren mit einer kleinen Schute nach der Unfallstelle. Aber alle Mühe war umsonst, sie konnten den Verunglückten nicht auffinden. Seine Leiche hat man bis jetzt auch noch nicht bergen können.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pfg. für je 20 Gramm): „Imperator" ab Hamburg 2. April, „Kronprinzessin Cecilie" ab Bremen 7. April, „Amerika" ab Hamburg 9. April, „Prinz Friedrich Wilhelm" ab Bremen 11. April, „Kaiser Wilhelm der Große" ab Bremen 15. April, President Grant" ab Hamburg, 16. April, Kaiser Wilhelm II." ab Bremen 21. April, „Kaiserin Auguste Victoria" ab Hamburg 23. Aril, „Kronprinz Wilhelm" ab Bremen 28. April, „Imperator" ab Hamburg 2. Mai. Postschluß nach Ankunft der Frühzüge. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerk wie „direkter Weg" oder „über Bremen oder Hamburg"" zu versehen.

Ferienwanderungen. Man schreibt uns: Noch ein paar Tage, und die Ferien sind wieder da. Ein langes, arbeitsreiches Schuljahr geht zu Ende, die Jugend sehnt sich nach der schönen Ferienzeit, die ihr Erholung und Freude bringen soll. Den reichsten Segen wird das Kind von den Ferien haben, wenn es sich recht ausgiebig im Freien bewegt. Die reine, frische Luft in Feld und Wald wird eine kräftigende Wirkung auf das Kind ausüben. Die jetzige Frühlingszeit wird auch dazu geeignet sein, reine Freuden an der Schönheit der Natur zu erwecken. Wie wenig spürt doch das Kind in der Stadt von dem Erwachen der Natur. Darum hinaus zum fröhlichen Wandern durch Feld und Wald. Gelegenheit dazu bieten allen Kindern die Ferienwanderungen, die seit einigen Jahren eingerichtet wurden. Der vielseitige Nutzen des Wanderns sollte die Eltern veranlassen, ihre Kinder an diesen Ausflügen teilnehmen zu lassen. Der Preis für die Wanderungen ist sehr gering. Die erste Wanderung nach Hobbersdorf-Pansdorf findet am Dienstag, dem 7. April, statt. In der zweiten Ferienwoche geht's nach der Rolfshagener Kupfermühle und nach Gothmund. Karten für die Ausflüge sind in den bekannten Verkaufsstellen, sowie Dienstags nachmittags von 5 bis 7 Uhr in der Geschäftsstelle der Kommission für Jugendwandern, Hüxstraße 69, zu haben. (S. Inserat.)

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 30. dss. Mts. gegen 6¾ Uhr nachmittags ist von dem Flur eines Geschäftshauses an der Untertrave ein Fahrrad Marke „Walküre" mit der Erkennungsnummer 11656 gestohlen worden. Das Rad hat schwarzes Gestell und Felgen, ist mit Freilauf und Rücktrittbremse, sowie mit nach oben gebogener Lenkstange versehen.

pb. **Entwendete Wäsche.** Am 28. dss. Mts. ist vom Boden eines Hauses der Stitenstraße ein blaues Flanellhemd und am 19. oder 20. dss. Mts. sind vom Trockenboden eines Hauses Töpferweg 1 Normal-Unterhose und 4 Normal-Hemden gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Wir möchten mit dieser Notiz nochmals auf die heutige „Revisor"-Aufführung aufmerksam machen, die von Gogols lustigem Stück zugleich die letzte ist und auch die Reihe der Gastspiele unseres Direktors Stanislaus Fuchs beschließt. Für morgen ist, vielen Wünschen entsprechend, wieder die übermütige Schwank-Novität „Die spanische Fliege" aufgenommen worden. Am Donnerstag geht im Zyklus heiterer Opern als 4. Abend Lortzings „Wildschütz" in der bekannten vorzüglichen Besetzung in Szene. Die Freunde der heiteren Oper werden sich die Aufführung kaum entgehen lassen.

Eutin. Bündlerischer Kuhhandelsversuch. Wie der „Anzeiger für das Fürstentum Lübeck" erkennen läßt, hat am Sonntag in Eutin eine Versammlung der Vertrauensmänner sämtlicher rechtsstehenden Parteien stattgefunden. Um nun ihren Häuptling, Herrn v. Levetzow, zum Siege zu verhelfen, wenden sich die Bündler an die Adresse der Liberalen und unterbreiten letzteren folgenden Kuhhandel: Die Liberalen sollen in dieser Nachwahl unbedingt für Herrn v. L. eintreten. Dafür sollen sie dann bei einer später stattfindenden Wahl, in der das nördliche Fürstentum zwei Abgeordnete in den Landtag schickt, auch einen Abgeordneten erhalten, während den anderen selbstverständlich die Herren Bündler für sich in Anspruch nehmen. Ob die sozialdemokratischen Wähler nicht einen Strich durch diese bündlerische Rechnung machen, das ist eine Frage, die diese Nachwahl schon beantworten wird. Doch auch von den Liberalen muß man erwarten, daß sie jetzt das in die Tat umsetzen, was sie bei der Hauptwahl immer hervorgehoben haben „unter keinen Umständen darf der Bündler v. Levetzow in den Landtag einziehen". Würden die Liberalen aber dem bündlerischen Vorschlag zustimmen, dann würden sie dafür verantwortlich zu machen sein, daß der schwarzblaue Block im oldenburgischen Landtage die Mehrheit gewönne, und daß dann die gesamte liberale Wählerschaft ebenso darunter zu leiden hätte wie die Arbeiterschaft, braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden. Deshalb kann es in diesem Falle nur eins geben: restloses Eintreten für die Wahl des Kandidaten der sozialdemokratischen Partei, Carl Fick-Stockelsdorf. Auch an unsere Parteigenossen im nördlichen Fürstentum möchten wir noch das Ersuchen richten, am Wahltage und vorher in jeder Weise ihre Schuldigkeit zu tun, alle persönlichen Streitigkeiten hintanzusetzen und nur zu beachten, daß es hier gilt, die Mehrheit des schwarzblauen Blocks zu verhindern. Es muß den Bündlern einmal klar gemacht werden, daß wir Sozialdemokraten uns nicht so einfach beiseite schieben lassen. Darum Genossen, nützt diese kleine Spanne Zeit aus, indem ihr immer und immer wieder für unsern Kandidaten agitiert. Dann wird es uns auch gelingen, am Wahltage den Sieg an unsere Fahne zu heften.

Hamburg. Schwerer Bootsunfall. Am Sonntag nachmittag waren der Bote August Engweg und der Stallknecht Paul George mit einem Ruderboot des Bootsvermieters Bondick abgefahren. Als es bereits dunkel geworden war, wurde das Boot in der Nähe der „Alsterlust" von einem noch unbekannten Alsterdampfer angerannt und aufgeschnitten. Beide Insassen stürzten ins Wasser. Mittlerweile kam der Passagierdampfer „Matador" an, dessen Besatzung es gelang, Engweg zu retten. George hat den Tod durch Ertrinken gefunden. Die Alsterpolizei sucht den Dampfer ausfindig zu machen, der das Unglück angerichtet hat. — Ihr Kind getötet und zerstückelt. Ein entsetzliches Verbrechen ist am Montag abend entdeckt worden. In dem Klosettabflußrohr einer Wohnung am Meßberg fand man, als der Mechaniker wegen Verstopfung der Rohre eine Reparatur vornehmen wollte, Leichenteile eines neugeborenen Kindes. Da das Dienstmädchen der Wohnungsinhaber, die am 1. März 1890 in Gossow geborene Franziska Schröder, nur die Mutter des getöteten Kindes sein konnte, wurde diese, die in Hammerbrook wohnhaft ist, verhaftet und zum Kriminalrevier gebracht. Dort wurde die Schröder vernommen und legte ein Geständnis ab. Danach hat sie am 16. ds. Mts. heimlich geboren, das Kind getötet und dann mit einem Küchenmesser in Stücke geschnitten, die sie dann einzeln ins Kloseit geworfen hat. Sämtliche Leichenteile sind noch nicht gefunden, weshalb angenommen wird, daß einzelne kleinere Teile schon fortgespült sind.

Kiel. Des Gattenmordes geständig. Am 25. Juni 1908 wurde der Glasermeister Ludwig Schmidt in seiner damaligen Wohnung in der Pickertstraße an einem Bettpfosten erhängt aufgefunden und alle Umstände deuteten auf Selbstmord hin. Jetzt hat der 17 Jahre alte Sohn des Schmidt einem Schutzmann gegenüber seine Mutter des Mordes an ihrem Manne verdächtigt. Der Kriminalkommissar v. Kulick wurde mit der Untersuchung beauftragt und hatte bis Sonnabend so viel Material herbeigeschafft, daß zur Verhaftung der Frau geschritten werden konnte. Angesichts des erdrückenden Beweismaterials legte dann auch die Frau ein umfassendes Geständnis ab. Sie hat im Jahre 1908 ihren Mann mit einer Waschleine im Bett erwürgt und dann, um die Tat zu verdecken, ihn an dem Bettpfosten aufgehängt. Als Grund für die Tat gibt die Frau an, daß er sie mißhandelt und bedroht habe und daß er dem Trunke ergeben war.

Kiel. Mit der Erweiterung des Kieler Gewerkschaftshauses hatten sich die Angehörigen der gewerkschaftlichen Organisationen hier in Kiel während der letzten beiden Wochen zu beschäftigen. Es handelt sich um den eventuellen Ankauf eines größeren Grundstückes, das sehr wohl geeignet erscheint, dem mit der Zeit stark eingetretenen Bedürfnis auf Erweiterung des Gewerkschaftshauses in der Fährstraße abzuhelfen. Das in Frage kommende Grundstück der Firma Jaspersen liegt mit seiner Hauptfront in einer Länge von 41 Metern an der Muliusstraße, mit der gegenüberliegenden stößt es direkt an das Grundstück des Gewerkschaftshauses an. Es umfaßt einen Inhalt von 2277 Quadratmetern und soll 95 000 Mark kosten. Beabsichtigt wird von der Verwaltung des Gewerkschaftshauses, auf dem dem Gewerkschaftshause zunächst belegenen Gelände ein Verwaltungsgebäude errichten zu lassen, für eine Anzahl Bureaus, für das aus dem Hauptgebäude nach dort zu verlegende Arbeitersekretariat, ein Jugendheim und andere im Interesse der organisierten Arbeiterschaft liegende Einrichtungen. Die Kieler Gewerkschaften haben sich fast einhellig für das Projekt entschieden und zum Ankauf ihre Zustimmung erteilt. Sie haben sich des weiteren auch bereit erklärt, die Finanzierung zu übernehmen. Nur zwei Gewerkschaften haben sich mit äußerst geringen Majoritäten gegen den Erwerb und die Erweiterung erklärt. Die Auflassung des Grundstücks erfolgt bereits am kommenden 1. April.

Schleswig. Ein netter Stellvertreter Gottes. Der Sergeant Schiemang von der 10. Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 84 zu Schleswig stand am Montag vor dem Oberkriegsgericht. Im Februar dieses Jahres war er vom Kriegsgericht zu Schleswig wegen Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung von Untergebenen (Rekruten) und Mißbrauchs der Waffe zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr, Degradation und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt worden. Da dem Gerichtsherrn die Strafe noch zu gering war, hatte er Berufung eingelegt, so daß sich auch noch das Berufungsgericht mit der Sache zu beschäftigen hatte. Zur Anklage standen 62 Fälle, doch konnten ihm nur 50 Fälle von Mißhandlung usw. nachgewiesen werden. Schiemang gehörte zu der Sorte „Volkserzieher", die die ihnen zur Ausbildung anvertrauten Leute auf das niederträchtigste schikanieren und mißhandeln. Bei ihm hagelte es nur so Ohrfeigen; er versetzte Faustschläge ins Gesicht, schlug mit dem Seitengewehr usw. Das Tollste was er machte, war, daß er einen Rekruten zwei Mäntel anziehen ließ und ihn bis zur Bewußtlosigkeit Gewehrstrecken üben ließ. Um den Bewußtlosen wieder zum Bewußtsein zurückzurufen, goß er ihm einen Eimer Wasser über den Kopf. Während der Voruntersuchung war Sch. nach Dänemark geflohen, von dort nach drei Wochen jedoch schon wieder abgeschoben. Die Berufung des Gerichtsherrn hatte keinen Erfolg. Nach längerer Verhandlung blieb es bei der vom Kriegsgericht erkannten Strafe.

Bremerhaven. Mit einem Besenstiel erschlagen hat am Kaiserhafen ein Küper seinen Arbeitskollegen, der ihn gehänselt hatte. Der Tod trat auf der Stelle ein. — Aus Unvorsichtigkeit erschossen hat ein Heizer vom Lloyddampfer „Kronprinz Wilhelm" in einer Gastwirtschaft das 20jährige Dienstmädchen des Gastwirts. Der Heizer spielte mit dem Revolver; dieser entlud sich plötzlich und die Kugel drang durch die geschlossene Tür in die Küche.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Waisenhaus.

Die **Entlassungsfeier** im Waisenhause findet in diesem Jahre am **Donnerstag, dem 2. April, vormittags 11 Uhr** statt. Die Vormünder u. Verwandten der Kinder sowie alle Freunde der Anstalt sind hierzu höflichst eingeladen. Mit der Feier ist eine Ausstellung der Zeichnungen und Handfertigkeitsarbeiten der Zöglinge verbunden.

Die Vorsteherschaft des Waisenhauses.
2583)

Ferienwanderungen.

Dienstag, 7. April, nach Hobbersdorf—Pansdorf.
Mittwoch, 15. April, nach Rolfshagener Kupfermühle.
Freitag, 17. April, nach Schwedenschanze—Gothmund.

Karten für Schüler und Schülerinnen sind zu haben bei **E. Krüger,** Schulstr. 12 a, **W. Rein,** Mühlenstr. 89, **K. Sahlmann,** Geverdesstr. 33, **O. Wessel,** Moislinger Allee 4 a, und Dienstags nachmittags von 5 bis 7 Uhr Hüxstr. 69. Schluß des Kartenverkaufs 4 Tage vor der Wanderung. (2540

Konfirmationskarten

2582) in reicher Auswahl.
A. Zunk, Untertrave 69.

Holsten-Meierei

Fernruf 2336 Wickedestr. 44
empfiehlt **alle Meiereiprodukte** in bekannter Güte.
Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (126

Gemüsesämereien

(2500) beste Qualität, empfiehlt
Schelm & Wege, Mengstr. 10.

Kränze Buketts u. Girlanden

127) liefert billigst
Fr. Schmidt
Bülowstraße 11, Marli und **Dornestraße 16 a, Holstentor.**
Fernsprecher 1113.

(1274) Kaufe jeden Posten **ausgekämmtes Haar.**
Herm. Klempau
Ludwigstr. 52 u. Hartengrube 33, I.

Jeden Dienstag 2554
ff. Eimerbier.
C. Westfehling, Wahmstr. 37.

Lachs-Abfall, stets frisch,

Paket 25 Pfennig.
2530) Hartengrube 38.

Guterhalt. Peddigrohr-Kinderwagen aus besserem Hause zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter **J 5** a. d. Exp. (2521

1 Kinderbettstelle zu verk.

2549) Groß-Grönau, Ahrensböckerstr. 58

Ein Paar fast neue Kinderstiefel, Größe 36, für Mädchen, zu verkaufen
2520) Sadowastraße 23, I.

Klapp-Sportwagen

mit Gummirädern zu verkaufen.
2518) Glandorpstr. 17, I.

Zu verk. mehrere Meter **Kloß- und Knüppelholz und ein großer Zugänger.** (2556
Schönkampstr. 14 a.

Klassenmütze

ganz neu, 5. Kl. Mittelschule, Gr. 51, Preis 1.50. (2544) Yorkstr. 7, pt.

Guterh. Kinderw. m. G. u. Klappsportwagen billig. Hundestr. 16, I.

Eine alte Ladeneinrichtung

für Zigarren zu verkaufen.
2511) Engelsgrube 59.

1 Sofatisch u. 2 Küchenstühle

billig zu verkaufen.
2536) Hüxstraße 122/9.

1 Paar neue Damenstiefel

Größe 37, zu verkaufen.
2531) Engelsgrube 65.

Ein 6flamm. Petroleumkocher

zu verk. (2528) Elisabethstr. 1, pt.

Ein Sportwagen

auf Gummi billig zu verkaufen.
2529) Obertrave 87/2.

30 Zentner Eßkartoffeln u. ein Schweine-Wiegekasten zu verkauf.
Karl Siebuhr, (2510
Lindenstraße 34, Kronsfeld.

Handharmonika

(Akkordina) guterhalten, billig zu verkaufen. (2506) Sandstr. 10, I.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend, e. G. m. b. H.

Abteilung für Manufakturwaren

Königstraße 111.

Reiche Auswahl

bieten wir

unsern Mitgliedern in

Konfirmanden-Wäsche

Für Mädchen:

Hemden	Stickereiröcke	Taschentücher
Hosen	Anstandsröcke	Handschuhe
Untertaillen	Korsetts	Strümpfe

Für Knaben:

Hemden	Kragen	Krawatten
Unterhosen	Serviteurs	Hosenträger
Socken	Manschetten	Kragen- u. Manschettenknöpfe

In Berufskleidung

empfehlen wir:

Blaue Jacken und Hosen in Köper und Leinen. ‖ Maurer-Jacken und -Hosen gestreifte Blusen.

Schwarze Lederhosen ▪ Manchesterhosen ▪ Buckskinhosen
Pilot-Hosen, schlicht blau und gestreift.

2318 Kajen, schwarz und blau. ▪ Arbeitswesten.

Zur Konfirmation!

Sehr groß. Vorrat billiger blühender
Topfpflanzen. 2587
Schelm & Wege. Kronsf. Allee 42.

Schülermützen

Konfirmations-, steife und weiche
Filzhüte
kauft man billig und gut in großer Auswahl bei
(2587)
Emil Spurmann Nachf.
Kurt Storch
Fünfhausen 10.

Achtung! Steinsetzer u. Berufsgen.

Die Versammlung findet **nicht** heute Dienstag, sondern
Donnerstag, den 2. April
abends 8½ Uhr
statt.

Tages-Ordnung:
Bericht der Lohnkommission.

2535) **Der Vorstand.**

Achtung! Kohlenplatzarbeiter u. Kohlenkutscher!

Versammlung

am Mittwoch, dem 1. April
abends 8½ Uhr,
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
Erscheinen dringend notwendig.

2546) **Der Vorstand.**

Samenhandlung Mengstraße 10, Schelm & Wege.

2501

Konzerthaus Fünfhausen.

Heute Dienstag: Großes Tanzkränzchen.
Sonnabend: Extra-Tanzkränzchen. 2545

Zentralverband der Handlungsgehilfen.

Bezirk Lübeck.

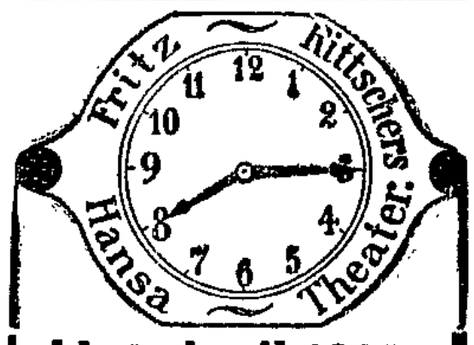
Regelmäßige
Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, d. 2. April
abends 9 Uhr
bei Herrn G. Ehlers, Hüxstr.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht der Agitationskommission.
3. Besprechung eines Ausfluges.
4. Verschiedenes.

Das Erscheinen der Kolleginnen u. Kollegen ist dringend notwendig.

2534) **Der Vorstand.**



Ab 1. April 1914:

Kurzes Gastspiel des berühmten, urkomischen
Hartenstein-Ensembles
mit seinen neuen Schlagern:
Der Stolz der dritten Kompagnie.
Ueber 1000mal in großen Städten mit bestem Erfolg aufgeführt.
Sowie ein künstlerisch hervorragender erster Varietee-Teil.
Mit mäßig erhöhten Preisen.
Billett-Vorverkauf: Rechte Seite bei Friedr. Sager, Am Kohlmarkt, linke Seite bei Friedrich Nagel, Am Markt. (2547

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, d. 1. April 1914
abends 8 Uhr (2505
im Kolosseum:
26. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister **Wilhelm Furtwängler.**
Solist: Herr **Julius Gerber** (Klarinette)
Zur Aufführung kommen u. a.:
Suite zu „Peer Gynt" Nr. 2 E. Grieg.
Vorspiel zu „Die Meistersinger von Nürnberg" . . . . R. Wagner.
Fantasie aus „Traviata" . G. Verdi.
Künstlerleben, Walzer Joh. Strauß.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Neues Stadttheater

Dienstag, den 31. März 1914:
167. V. i. Voll-Ab. 28. V. i. Dienst.-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Letztes Gastspiel v. Stanislaus Fuchs
Der Revisor.
Lustspiel von Gogol.
Mittelpreise.

Mittwoch, den 1. April 1914:
Außer Abonnement. Mittelpreise.
Anfang 8¼ Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Auf Wunsch:
Die spanische Fliege.
Schwank von Arnold u. Bach.

Donnerstag, den 2. April 1914:
168. V. i. Voll-Ab. 27. V. i. Donn.-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10 Uhr.
Zyklus heiterer Opern:
IV. Abend:
Der Wildschütz.
Komische Oper von Lortzing.
2504) **Große Preise.**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 76. Dienstag, den 31. März 1914. 21. Jahrg.

Das Koalitionsrecht in Deutschland.

Das Geschrei der Reaktionäre aller Schattierungen über den angeblichen Mißbrauch des Koalitionsrechtes der Arbeiter in den Gewerkschaften hat der Generalkommission der Gewerkschaften Anlaß gegeben, in einer Schrift betitelt: „Das Koalitionsrecht in Deutschland“*) das auf diesem Gebiet gesammelte Material in interessanter Gegenüberstellung einzelner typischer Fälle vorzuführen. Die Schrift hat einen stattlichen Umfang erlangt, ohne dabei den Anspruch erheben zu können, erschöpfend das Thema erörtert zu haben. Es konnte nur aus der Zahl der vorliegenden Gerichtsentscheidungen, die der Verfasser der Schrift, Genosse S. Nestriepke, geordnet nach ihrem Sachinhalt wiedergibt, ein kleiner Teil zur Geltung kommen. Dabei nimmt der Verfasser nur die letzten zwölf Jahre unter die Lupe kritischer Betrachtung. Für die vor 1900 zurückliegende Zeit verweist er auf die aus einem ähnlichen Anlaß damals von dem Vorsitzenden der Generalkommission C. Legien herausgegebene Schrift: „Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter in Theorie und Praxis“.

Man kann sagen, daß sich in diesen zwölf Jahren die Rechtsprechung im arbeiterfeindlichen Sinne stark entwickelt hat. Die Rechtsprechung hat sich bemüht, aus den vorhandenen Gesetzen heraus immer enger die Fessel für die Betätigung der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiet zu ziehen. Wenn man dem Verlangen der Unternehmerverbände auf strengere Bestrafung der Arbeiter bei Streikvergehen, Verbot des Streikpostenstehens, Hinderung der Werbetätigkeit für die Organisation, die große Zahl der außerordentlich harten Gerichtsurteile gegenüberstellt, so muß man über die unerhörte Rücksichtslosigkeit erstaunt sein, mit der noch eine weitere Steigerung dieser arbeiterfeindlichen Tendenz in der Rechtsprechung und Gesetzgebung gefordert wird. Deutlich zeigt dieser Vorgang wieder den gewaltigen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Ein Gegensatz, in dem die wirtschaftlichen Machthaber gegenüber den materiellen Interessen alle humanitären Rücksichten zum Schweigen bringen. Dabei hat der Verfasser der Schrift durchaus nicht einseitig nur die Urteile zusammengestellt und kritisch besprochen, die ganz offenbar eine einseitige Stellung gegen die Arbeiter zum Ausdruck bringen, sondern er hat auch die Entscheidungen zitiert, die den Anschauungen in Arbeiterkreisen und der sozialen Stellung der Arbeiter gerecht werden. Diese Gegenüberstellung ist nicht uninteressant insofern, als sehr bald solche durchaus objektiven Urteile, die hier und da von einem Schöffengericht oder Landgericht gefällt werden, vom Oberlandesgericht oder Reichsgericht eine Remedur erfahren, wie dann auch wieder in der Rechtsprechung des Reichsgerichts solche Schwankungen in der Tendenz sehr leicht sich nachweisen lassen.

Das Koalitionsrecht der Arbeiter wird mit Recht in der Schrift im Hinblick auf die Bestimmungen des § 153 der Gewerbeordnung als eine Beengung der freien wirtschaftlichen Betätigung der Arbeiter erachtet. Was bleibt von diesem Recht noch übrig, wenn wir uns die Machtmittel der Unternehmerorganisationen, die hier im einzelnen aufgezählt werden, vergegenwärtigen, um die Organisation der Arbeiter zu bekämpfen. Das Kapitel darf mit zu den interessantesten gerechnet werden, die die Schrift enthält. Es werden hier an der Hand eines authentischen Materials alle die vielfachen Mittel aufgeführt, die von den Scharfmachern zur Bekämpfung der Gewerkschaftsorganisationen benützt werden. Es wird die Invalidenkarte als eine Legitimation benützt, um den Arbeiter, der aus dem Streikgebiet kommt, die Einstellung zu verweigern; die Innung versieht ihre Arbeiter mit dem sogenannten Verbandsbuch, das nichts anderes ist, als die offene Führung einer schwarzen Liste; und die Arbeitsnachweise werden zu Maßregelungsbureaus. Zahlreich sind die angeführten Maßnahmen über den Zwang, den Austritt aus der Gewerkschaft zu verlangen, um andererseits den Eintritt in die gelben Werkvereine zu erzwingen. Kein Mittel wird unversucht gelassen, dieses Ziel zu erreichen. Aber nicht nur die privaten Unternehmer, auch der Staat stellt eine gleiche Zumutung an die in seinen Betrieben Beschäftigten. Auch hier ist das Verbleiben auf der Arbeitsstätte verknüpft mit dem Verlangen: Austritt aus der Organisation. Dabei spielt oftmals die Tendenz der Organisation eine untergeordnete Rolle. Man sieht überhaupt in diesen Unternehmungen eine schroffe abweisende Stellungnahme gegen alle Organisationen der Arbeiter, sofern sie nur aus dem Rahmen eines patriotischen Vergnügungsvereins heraustreten.

In der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung werden sicherlich die verflossenen zwölf Jahre, die eine so große Zahl von Tendenzprozessen aufweisen, keine untergeordnete Rolle spielen, sie sind schwere Leidensjahre in der Verfolgung und Aechtung gewerkschaftlicher Bestrebungen. Die harten Urteile, die oft wegen ganz unbedeutender Vergehen bei Streiks ausgesprochen werden, wirken in ihrer Begründung, die hier im Wortlaut nach den schriftlichen Urteilen wiedergegeben werden, wie eine Aufreizung gegen die kapitalistische Herrschaft. Eng in Verbindung damit steht dann wiederum die Uebertreibung der vollständig verlogenen Mitteilungen in der bürgerlichen Presse über angebliche Streikvergehen. Auch hier ist eine sehr hübsche Zusammenstellung gegeben, die uns zeigt, mit welchen skrupellosen Mitteln gegen die Gewerkschaften gekämpft wird, ohne daß solche Verleumdungen trotz aller unzweifelhaften Richtigstellungen aufhören, die Runde durch die bürgerliche Presse zu machen. Zu der Hetze der bürgerlichen Presse und des Reichslügenverbandes gesellen sich dann leider die Angriffe der gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen, die mit Neid auf die starke Entwicklung der freien Gewerkschaften blicken.

Unter dem Reichsvereinsgesetz ist die Klage über die Handhabung dieses Gesetzes nicht verstummt. Die Versuche der Gerichte, besonders in Preußen, die Gewerkschaften als politische Vereine mit allen ausgesuchten Schwierigkeiten zu belästigen, treibt die sonderbarsten Blüten. Immer wieder wird der Versuch unternommen, in scharfsinniger juristischer Spitzfindigkeit auszutüfteln, was als politische Betätigung eines Vereins zu erachten ist. Natürlich werden diese Bemühungen nur angestellt, um den freien Gewerkschaften das Leben sauer zu machen, Unternehmerorganisationen und selbst andere Richtungen der Gewerkschaften haben sich über die Aufmerksamkeit der Justiz nicht zu beklagen. Es ist natürlich nicht möglich, auf das sehr umfangreiche Material, das die Schrift bietet, hier im einzelnen einzugehen. Es wird aber allen, die in der Arbeiterbewegung tätig sind, als ein gutes Nachschlagewerk dienen können und eine treffliche Information über die verschlungenen Wege der Rechtsprechung. Nicht eine Beengung des Koalitionsrechts, sondern eine Erweiterung der Rechte und Sicherstellung des Koalitionsrechts gegen die Angriffe mächtiger wirtschaftlicher Interessengruppen muß die Aufgabe der Gesetzgebung sein. Vor allem fehlt den großen Berufsschichten wie Landarbeitern und Dienstboten vollständig das Koalitionsrecht. Hier müßte erst einmal die Gesetzgebung einsetzen, um das so wichtige Recht der freien Koalition auch für diese Berufsschichten sicher zu stellen.

Die Gewerkschaften werden die Gefahren zu würdigen wissen, die ihnen aus dem reaktionären Anschlag erwachsen, sie werden sich auch nicht in Sicherheit wiegen lassen durch die bisher ablehnende Haltung des Reichstags zu den von konservativer Seite geforderten Unterdrückungsmaßregeln, sondern sie müssen alle Kräfte für die Abwehr einsetzen. Die Bewegungsfreiheit für die Arbeiter muß erst erkämpft werden, nicht Rückschritt, sondern Fortentwicklung des Koalitionsrechtes muß es heißen!

*) Durch die Buchhandlung des Vorwärts, Berlin SW., Lindenstraße 69, zu beziehen. Preis 1,00 Mk.

Aus dem schwedischen Wahlkampf.

(Von unserem Korrespondenten.)

Stockholm, den 28. März 1914.

Der gestrige Wahltag in Stockholm hat die Spannung hier ein wenig behoben. Die Stadt hat heute ihr gewöhnliches Aussehen wieder, und die Wählerversammlungen, in denen es vereinzelt selbst zu Tätlichkeiten kam, gehören der Vergangenheit an. Nur die „Verteidigungsknöpfe“ sieht man noch an dem einen und anderen Rockkragen, kleine Abzeichen, die für gutes Geld verkauft werden und der Propaganda der Landesverteidigung dienen. Die Sozialdemokratie hat dafür eine Wahlblume herausgegeben, eine rote Rose, die in Massen im ganzen Lande verkauft wurde und dem Parteiwahlfonds eine gute Einnahme gebracht hat. Ueberhaupt hat sich die Opferwilligkeit der schwedischen Arbeiter wieder glänzend bewährt. Die Parole des Parteivorstandes, eine Tageseinnahme für den Wahlfonds zu opfern, fand in den Massen großen Wiederhall; im Parteisekretariat sind bei früheren Anlässen solche Summen nicht eingegangen, wie diesmal. Dabei haben die Distriktsmassen noch gar nicht abgerechnet, da die Sammlung noch fortgesetzt wird.

Das Stockholmer Wahlergebnis ist erst als Rohresultat heraus. Demnach haben von 56 372 Wahlberechtigten 43 639 ihre Stimme abgegeben. Das sind 8242 mehr Stimmen als bei der ordentlichen Wahl 1911. Damals stimmten 63,7 Proz. der Wahlberechtigten, dieses Mal aber 77,4 Proz. Das ist für schwedische Verhältnisse eine noch nie dagewesene Wahlbeteiligung, die bei den kommenden Wahlen im Lande wahrscheinlich noch überboten wird. Es ist dabei zu bemerken, daß der Schlepperdienst hier nicht angewendet werden kann, weil im Wahllokal nur eine amtliche Kontrolle der sich meldenden Wähler gestattet ist. Die Parteien haben aber keine Handhabe, die Säumigen noch in letzter Stunde heranzuholen.

Gewählt wird nach einem Proportionalwahlsystem, das jedem 24 Jahre alten Wähler das Wahlrecht gibt, sofern er keine Steuern schuldet. Im letzteren Falle wird er zurückgewiesen, auch wenn er in der Wählerliste steht. Eine weitere den Verlust des Wahlrechts mit sich

Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Leibeigenschaft
von Graf E. A. Salias.
Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruhe.

(7. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Was schadet es denn, wenn ich Geschenke bekomme?“ sagte sie. „Ich stehle ja nicht.“

„Aber wer macht Dir denn all diese Geschenke, mein kleines Waisenmädchen, und in welcher Absicht? Etwa der Priester, der allen Proviant aus der Stadt mitbringt?“

„Nein, gnädiger Herr,“ erwiderte Eugenie in festem Tone, „er hatte allerdings ein Auge auf mich geworfen, aber ich gab ihm eine Antwort, daß er wie ein begossener Pudel davonschlich.“

„Wer könnte es aber sonst sein? Du gibst doch selbst zu, daß man Dir Geschenke macht?“

„Gestatten Sie mir, daß ich darüber schweige, Makar Makarowitsch! Glauben Sie mir, es steckt nichts Böses dahinter! Und was haben Sie denn Großes bei mir bemerkt? Ein Bändchen, ein Tüchlein, oder irgend eine andere Kleinigkeit; ein Kleid hat mir noch niemand geschenkt. Wie Sie wissen, gehe ich immer in dem nämlichen Kleide.“

Bei diesen Worten berührte sie in nachlässig graziöser Weise ihr Kleid.

„Ja, ja, jetzt sollst Du ein neues Kleid bekommen,“ versetzte der Edelmann nachdenklich. „In diesem Aufzuge kannst Du der Fürstin nicht unter die Augen treten. Nun, wir werden alles noch reiflich überlegen. So, mein Kind, jetzt kannst Du gehen!“

„Ich danke Ihnen, Makar Makarowitsch,“ antwortete Eugenie mit freundlichem Lächeln, verbeugte sich tief und ging hinaus.

Eugenie richtete ihre Schritte jetzt nach der Birkenallee, hinter welcher sich ein kleines, massives Gebäude erhob, dessen Fenster auf einen Blumengarten hinausgingen. Sie trat in das Haus ein, zog auf dem Flur ihre dicke Jacke aus und öffnete die Stubentür. Am Fenster saß in einem weichen Sessel eine alte Frau mit welken Zügen.

„Ah, Eugenie!“ rief sie dem jungen Mädchen freundlich entgegen und legte ihre Arbeit in den Schoß. „Nu setze Dich doch! Aber Jegor ist nicht zu Hause. Man hat ihn in's Herrenhaus gerufen, wo er irgend eine Reparatur vornehmen soll.“

Lukeria Jegorowna, sehen Sie sich einmal ordentlich keine Fratze an!“

„Du hast keine Fratze, Eugenie, das weißt Du selbst, im Gegenteil, Du bist hübsch, aber Du hast eine böse Zunge.“

„Nein, nein, schauen Sie doch einmal, was für ein Gesicht ich mache? Bin ich vielleicht traurig?“

„Gewiß nicht, Du freust Dich, aber jetzt erzähle mir auch, worüber Du Dich freust, damit ich mich mit Dir freue!“

Eugenie nahm neben der alten Frau Platz und erzählte ihr, was Trubitzkoe ihr mitgeteilt hatte, jedoch mit der kleinen Aenderung, daß sie die erste Kammerzofe der Fürstin werden solle.

„Du wirst also nach Moskau fahren?“ fragte die Greisin, aber schnell fügte sie hinzu: „Ach, mein Gott, ich habe ja ganz vergessen, daß die Fürstin hierher kommt!“

Lukeria Jegorowna war die Witwe eines Leibeigenen, welcher vorzüglich Violine spielte und das fürstliche Hausorchester dirigierte. Die Ehegatten hatten in musterhafter, inniger Gemeinschaft gelebt, allein sie konnten ihres Lebens nicht froh werden, da alle ihre Kinder, neun an der Zahl, schnell dahinstarben. Nur ein Sohn blieb ihnen, Jegor Iwanowitsch Milowanow, der heute fünfundzwanzig Jahre zählte und sich in der ganzen Gegend einer allgemeinen Beliebtheit erfreute; von Hause aus Tischler, hatte er sich durch eigene Kraft zu einem tüchtigen Bildhauer emporgearbeitet. Er war ein stattlicher, hochgewachsener Mann mit blassem Antlitz, langem schwarzen Lockenhaar, glänzenden, dunklen Augen, einer wunderbar regelmäßigen Nase, einem hübschen Kußmunde und blendend weißen Zähnen. Lukeria Jegorowna wußte recht gut, daß ihr Sohn schön war, und pflegte ihm oftmals zu sagen:

„Dein Vater war nicht schön, aber Du ähnelst Deinem Großvater. Wie man sich erzählt, sah ihn eines Tages eine verwitwete Gräfin und wollte ihn kaufen; erst bot sie fünfzig, dann hundert und zuletzt fünfhundert Rubel. Doch sein Herr erklärte, er würde meinen Vater um keinen Preis der Welt der Gräfin abtreten, weil solches ihm ganz gewiß kein Glück bringe.“ Und voll Stolz fügte die Alte hinzu: „Du bist ihm ganz ähnlich, Jegor. Auch in Dich könnte sich einmal eine schöne, feine Dame verlieben, allein der Himmel bewahre Dich davor!“

IV.

In dem Palais des Fürsten Beresopolski in Moskau herrschte eine erstickende Stille, wie vor einem Gewitter. Eines Tages endlich, als Fürstin Pauline in ihrem Salon mit einer Handarbeit beschäftigt war, stürzte Eudoxia mit hochgerötetem Gesichte ins Zimmer und konnte einige Minuten hindurch keinen Laut hervorbringen.

„Gnädigstes Fräulein, geliebtes Fräulein!“ hub sie endlich an, während sie tief aufatmete.

„Um Gottes willen, was ist geschehen?“ fragte die Fürstin mit bebender Stimme.

„Sie ist gekommen . . . sie ist gekommen,“ rief Eudoxia. „Wir können es nicht begreifen . . . Man bringt ihre Kisten und ihre Koffer ins Haus . . . In den Gemächern der seligen Fürstin sind deutsche Möbelfabrikanten . . . O Gott, stehe uns gnädig bei! Die Zimmer Ihrer verstorbenen Frau Mama sollen sämtlich neu eingerichtet werden . . .“

Es verstrichen wohl mehrere Minuten, bevor Eudoxia alles ordentlich und im Zusammenhange erzählen konnte, aber noch längere Zeit brauchte die Fürstin, um sich alles begreiflich zu machen, und als ihr dieses endlich gelang, war sie starr vor Entsetzen. Sollte darin die Rache ihres Vaters bestehen.

Im fürstlichen Schlosse war eine schöne, unbekannte Frau von ungefähr fünfundzwanzig Jahren eingetroffen, und bald nach ihrer Ankunft langten einige Wagen, mit Kisten und Koffern beladen, an, so daß es den Anschein gewann, als brächte man die Mitgift einer Neuvermählten ins Haus. Niemand wußte, woher die schöne Frau kam, aber die Dienerschaft hatte erstaunlich schnell erfahren oder vielmehr entdeckt, daß sie „niedrigen Standes“ war; denn obwohl sie zarte, weiße Hände hatte, so sah sie doch ihrer Rede und Handlungsweise nach einer vornehmen Dame nicht ähnlich. Diener und Mägde wären nicht mehr betroffen gewesen, wenn man ihnen gesagt hätte, ihr Fürst wäre bei einem Diebstahl oder bei irgend einem anderen Verbrechen ertappt worden. Alle wußten und hatten sich an den Gedanken gewöhnt, daß Fürst Beresopolski einer der angesehensten und geachtetsten Magnaten der Hauptstadt war und daß auf seinem Leben kein Makel haftete, und jetzt kam urplötzlich auf Geheiß des Fürsten eine Frau ins Haus, welche ein Stein des Anstoßes für die ganze Stadt werden mußte.

Die junge Fürstin war über die Ankunft der schönen Frau so bestürzt, daß es ihr heute wie eine Bagatelle erschienen wäre, wenn man ihr die Nachricht gebracht hätte, sie müsse ins Kloster gehen; sie hatte vollständig den Kopf verloren und konnte sich auf ihre eigene Frage, was daraus werden solle, durchaus keine Antwort geben. Allein Fürstin Pauline war doch zu sehr die Tochter ihres Vaters; nachdem sie einige Stunden ruhig nachgedacht hatte, bereitete sie sich voll der höchsten Erbitterung auf einen heftigen Widerstand, auf einen verzweifelten Kampf vor.

Unterdessen war Eudoxia mehrmals hinausgeeilt, um bei den übrigen Dienstboten nähere Erkundigungen einzuziehen, und am Abend teilte sie ihrer Herrin mit, sie dürfe nicht mehr den Flügel des Schlosses betreten, in welchem Justine Saveljejewna — so hieß die Fremde — wohnte.

bringende Einschränkung ist die Forderung der erfüllten Wehrpflicht. Wer also von der militärischen Aushebung nicht befreit wurde, kann nur dann wählen, wenn er die Wehrpflicht erfüllt hat. Auch über diesen Punkt sind viele Wähler gestolpert, die vielleicht im Auslande gewesen sind und die letzten Uebungen nicht mitmachen konnten. In den Wählerlisten waren 92 391 Wähler eingetragen, aber nur 56 372 waren schließlich wahlberechtigt. Die konservative „Demokratisierung" des Wahlrechts entpuppt sich also in ihren Wirkungen als ein reaktionäres Instrument.

Eine kleine Stilblüte konservativer Agitationsmethoden wird für deutsche Leser nicht ohne Interesse sein. In einer von der konservativen Partei herausgegebenen Wahlbroschüre heißt es u. a.:

„Ja Bauern, sind das nicht merkwürdige Zeiten, in denen wir leben? Unseren eigenen Boden wollen sie uns nehmen, die Religion wollen sie uns rauben, und die Ehe taugt auch nicht länger, vielleicht kommen sie bald und wollen unsere Ehefrauen auch haben. Gedenkt man der Schlingel von Kumla, die mordeten und schändeten, wie andere ähnliche Gewalttaten verübten, die immer mehr modern geworden sind, so gilt es wohl auf [illegible] lassen, falls die neuen Lehren ein wenig mehr auf dem Lande gepredigt werden sollten."

Diese Töne sind typisch für den Tiefstand der konservativen Agitation. Die persönlichen Verunglimpfungen der Gegner sind gleichen Kalibers. Ich hatte schon berichtet, wie man Staaff offen vorwirft, Landesverräter zu sein und im russischen Solde zu stehen! Jetzt wird plötzlich im Lande die Mär verbreitet, Staaff sei verhaftet worden! Wegen Spionage natürlich. Da man ihn zum Landesverräter gestempelt hat, ist der Zweck des verbreiteten Gerüchts klar: Es soll der Anschein erweckt werden, als ob der Landesverrat inzwischen nachgewiesen wurde und die Verhaftung erfolgen mußte. Bevor die Wahrheit in die weiten Landbezirke vorgedrungen ist, wird der Wahlkatt vorüber und manche Stimme eingefangen sein.

Aus den Städten laufen nun die Wahlresultate der kommunalen Kreistagswahlen vom 25. März ein. Die Situation scheint sich folgendermaßen zu gestalten: Die Liberalen halten im wesentlichen ihre Position, wenn auch einige Verluste zu verzeichnen sind. Erfolge erzielen die Konservativen und die Sozialdemokraten in ungefähr gleichem Verhältnis. Die Zahl der Mandate ist vermehrt, und diese neuen Sitze werden nach den bisher bekannt gewordenen Resultaten meistens den Konservativen und Sozialdemokraten zufallen. Den entscheidenden Ausschlag gibt jedoch das platte Land und hier stehen die endgültigen Resultate noch aus. Die Teilnahme an den Wahlen geht bis zu 95 Proz. der Wahlberechtigten hinauf, eine noch nie dagewesene Wahlbeteiligung. Das Wahlrecht ist ein Pluralwahlrecht, das je nach der Steuerleistung des Wählers ihm bis zu 40 Stimmen gibt. Im Endeffekt kommt so ungefähr dasselbe wie bei dem preußischen Dreiklassenwahlrecht heraus. Auf den sozialdemokratischen Wähler pflegen im Durchschnitt acht bis zehn Stimmen zu entfallen, auf den liberalen 18—20 und auf den konservativen 28—30. Das erklärt ja auch den Vormarsch der beiden Flügelparteien: die Sozialdemokratie bringt die größere Zahl der Wähler auf, die Konservativen aber verfügen über die größere Steuerkraft und haben daher relativ mehr Stimmen.

Aus der Partei.

Gemeindevertreterwahlen. Schöne Erfolge haben unsere Genossen bei den Gemeindevertreterwahlen im Regierungsbezirk Magdeburg errungen. In Altenplathow wurden zwei Genossen und in Schnarsleben ein Genosse gewählt. In Althaldensleben und Kolbitz wurde die ganze dritte Abteilung erobert. In Elben siegte unser Kandidat mit 34 gegen 9 Stimmen, in Förderstedt zwei Genossen mit rund 100 gegen 23 bürgerliche Stimmen. In Westerhausen wurde ebenfalls ein Sozialdemokrat in das bis dahin sozialistenreine Gemeindeparlament gewählt. In Bennecken beck siegte der Genosse Hildebrand in der 2. Abteilung. In Nellnitz wurde mit dem Genossen Eisfeld erstmalig ein sozialdemokratisches Mandat besetzt. Wiedergewählt und zwar ohne Gegenkandidaten wurden unsere Genossen in Darlingerode, Hohendodeleben, Groß-Ottersleben, Klein-Ottersleben, Olvenstedt und Ummendorf. Auch in Bleckendorf, Börne, Diesdorf, Suderode und Wulferstedt behaupteten wir unsere Mandate. — In der Gemeinde Neue Schleuse, wo die Sozialdemokraten infolge Zwistigkeiten im bürgerlichen Lager bereits einmal sämtliche Sitze der Gemeindevertretung innehatte, ging uns ein Mandat der zweiten Abteilung verloren, während in der dritten Abteilung unser Kandidat wiedergewählt wurde. Auch in Hötensleben verloren wir ein Mandat in der dritten Abteilung. Das sind aber zufällige Mißerfolge.

Vom „liberalen" Vereinsgesetz. Die Düsseldorfer organisierte Arbeiterschaft ist Eigentümerin bezw. Benutzerin von zwei Gewerkschaftshäusern. Von dem einen ist sie seit dem Jahre 1900 Pächterin; das zweite, das 1909 eröffnete „Volkshaus", ist Eigentum unserer Genossen. Seit 13 Jahren wird alljährlich im März in öffentlicher Partei- und Gewerkschaftsversammlung der Bericht über die Verwaltung und die Bilanz des Gewerkschaftshausbetriebes gegeben. Das sollte auch wieder am Freitag abend geschehen. Doch diesmal hatte sich — zum ersten Male in den 13 Jahren — ein Polizeikommissar mit einem Stenographen im Saale eingefunden, um die Versammlung zu überwachen. Der Kommissar gab an, zu der Versammlung seien alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder eingeladen, infolge dessen handle es sich also um eine öffentliche Versammlung, die zu überwachen sei. Alle Hinweise, daß es sich doch um rein geschäftliche, nicht einmal um politisch öffentliche Angelegenheiten handle, nützten nichts. Die Polizei blieb; offenbar interessierten sie die Kochtöpfe der Gewerkschaftshäuser. Da unsere Genossen keine Lust hatten, sich diese polizeiliche Bevormundung gefallen zu lassen, fand die Versammlung nicht statt. Sie wird in den nächsten Tagen abgehalten werden und zwar ohne Polizei. Was der Behörde unter dem alten preußischen Vereingesetz nicht gelungen war, das glaubt sie jetzt mit dem „liberalen" Reichsgesetz durchsetzen zu können. Die Düsseldorfer Genossen werden sich das aber nicht so ohne weiteres gefallen lassen.

Die Abonnenten-Versicherung der „Münchener Post". Auf dem südbayerischen Gautag, der am Sonnabend in München begann, kam zunächst die Abonnenten-Versicherung der „Münchener Post" zur Sprache. Sowohl Gen. Timm, der den Vorstandsbericht erstattete, wie auch Gen. Nimmerfall in seinem Referat über „Organisation und Agitation" wiesen darauf hin, daß unser Münchener Parteiorgan durch das Verlangen der Parteigenossen in Stadt und Land zu der Maßnahme gedrängt worden sei. Als Nimmerfall bemerkte, daß die „Münchener Post" schon früher hätte die Versicherung einführen sollen, erscholl lebhafte Zustimmung aus der Reihe der Delegierten. Gen. Bartels vom Parteivorstand bedauerte lebhaft die Abonnenten-Versicherung, der Parteivorstand sowohl wie der Parteiausschuß in seiner überwiegenden Mehrheit haben dringend von der Einführung abgeraten. Die Stellungnahme der Fraktion gegen die Abonnenten-Versicherung sei durch das Vorgehen der „Münchener Post" erschwert worden. Wenn die Frage auf dem Parteitag zur Sprache komme, werde der Parteivorstand unzweideutig dagegen Stellung nehmen. — In der Diskussion betonten verschiedene Delegierte die Notwendigkeit der Versicherung; nur einer sprach dagegen. In seinem Schlußwort bemerkte Timm, eine Stellungnahme der Fraktion könne nicht für immer bindend sein. Der Kölner Parteitag habe sich auch einstimmig gegen die Arbeitslosenversicherung ausgesprochen; der letzte Parteitag stimmte einstimmig dafür. Es handle sich um keine Prinzipienfrage. Die „Münchener Post" habe nur dem Drängen der praktischen Agitatoren nachgegeben. Man solle erst einmal den Erfolg abwarten und dann sachlich Stellung nehmen. Niemand werde durch die Versicherung geschädigt.

Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland.

Bei der Unzuverlässigkeit der russischen offiziellen Statistik und dem Fehlen einer regelrechten Gewerkschaftsstatistik ist es äußerst schwer, eine richtige Vorstellung von dem Umfang der Gewerkschaftsbewegung in Rußland zu erhalten. Einen dankenswerten Versuch, diese Frage zu klären, unternimmt der Genosse W. Sch., einer der bekanntesten russischen Gewerkschaftstheoretiker, in der kürzlich erschienenen (und sofort konfiszierten) Nr. 1 der marxistischen Zeitschrift „Borjba" in Petersburg. Der genannte Genosse hat sich der Mühe unterzogen, eine Statistik der Gewerkschaftsbewegung der letzten zwei Jahre auf Grund der Notizen und Korrespondenzen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterpresse zusammenzustellen. Nach seinen Angaben funktionierten Ende 1912 63 Gewerkschaften im ganzen Reiche, aber nur hinsichtlich 24 Gewerkschaften war die Zahl der beitragszahlenden Mitglieder bekannt. Diese Zahl betrug 11 700, die sich zumeist auf die größten Gewerkschaften in Petersburg, Riga, Rostow und Moskau erstreckte. Insgesamt belief sich die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im ganzen Reiche auf annähernd 15 000, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß eine ganze Anzahl der erwähnten Verbände nur noch äußerlich den Charakter von Gewerkschaften trugen, in Wirklichkeit aber in ihren Zielen und ihrer Tätigkeit von der proletarischen Klassenbewegung abgewichen waren.

Die gewaltige Streikwelle von 1912 brachte auch in die stagnierende Gewerkschaftsbewegung neues Leben hinein. Zunächst führte sie allerdings zu einer Zertrümmerung der stärksten Gewerkschaften, die mehr oder weniger an der Streikbewegung teilgenommen hatten. Aber der stärkere Zustrom neuer Mitglieder und die Gründung neuer Gewerkschaften glichen nicht nur die durch die administrativen Verfolgungen hervorgerufenen Verwüstungen aus, sondern führten noch eine absolute Steigerung der Gewerkschaftsmitglieder herbei. Anfang 1913 werden schon in der Arbeiterpresse 88 Gewerkschaften gezählt und in 57 von ihnen sind 13 500 Mitglieder organisiert. Die absolute Steigerung ist allerdings noch sehr gering. Aber die Energie der Arbeiterbewegung nimmt immer mehr zu. „Mit einer mitunter unglaublichen Hartnäckigkeit wird ein Statut nach dem andern bei den Behörden zur Genehmigung eingereicht. Die alten Verbände wachen von der Stagnation der vorhergehenden Jahre auf; Hand in Hand damit geht die Wiedergeburt vieler Verbände in der Provinz, die aus Unterstützungsvereinen, aus Gründern von Teehäusern, Genossenschaftsläden, Artels usw. sich wieder in Kampfverbände verwandeln. Die Streikbewegung von 1913 verläuft schon nicht mehr abseits von den Gewerkschaftsorganisationen. Eine ganze Anzahl von Verbänden nimmt allen polizeilichen Hindernissen zum Trotz die Bewegung in ihre Hände; sie lenkt und leitet sie, schlichtet Konflikte, führt Unterhandlungen mit den Unternehmern usw. Am erfolgreichsten ist auf diesem Gebiete die Tätigkeit der Handwerksverbände."

Das gesteigerte Tempo der Gewerkschaftsbewegung führt in kurzer Zeit dahin, daß die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder sich bis Ende des Jahres verdreifacht. Ende 1913 werden in der Presse bereits 114 Verbände genannt, und 72 von ihnen zählen insgesamt 34 266 Mitglieder! In den übrigen Verbänden, über die keine genauen Angaben vorhanden sind, gab es um diese Zeit annähernd 5000 Mitglieder, so daß die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Rußland Ende 1913 mit 40 000 angegeben werden kann.

Der Mittelpunkt der Gewerkschaftsbewegung ist nach wie vor Petersburg, auf das etwa die Hälfte aller organisierten Gewerkschaftsmitglieder entfällt. Auf die Hauptstadt folgen Moskau, Riga, Rostow, Odessa und Kiew. Einen starken Aufschwung hat die Gewerkschaftsbewegung auch in Littauen und Polen genommen, aber hier existieren die meisten Gewerkschaften im geheimen, und die Zahl ihrer Mitglieder ist in die oben genannte Statistik nicht aufgenommen.

In beruflicher Hinsicht weist die Gewerkschaftsbewegung in Rußland eine große Ungleichmäßigkeit auf. Am besten sind die Handelsangestellten mit 22 Verbänden organisiert. Die zweite Stelle nehmen die Verbände der Handwerker und der ihnen nahestehenden Berufe ein: die Schneider mit 11, die Bäcker mit 10, die Buchdrucker mit 13, die Schuhmacher und Futteralarbeiter mit 10, die Holzarbeiter mit 8 Verbänden.

Die große Industrie ist weit schwächer organisiert. Am besten liegen noch die Verhältnisse bei den Metallarbeitern, die über 11 Verbände verfügen; in sieben von diesen Verbänden sind etwa 11 000 Arbeiter organisiert; diese Zahl ist im Verhältnis zu den anderen Berufen recht groß, aber gegenüber der Gesamtzahl der Arbeiter in der russischen Metallindustrie ist diese Zahl verschwindend klein. In der Textil-

---

Fürstin Pauline hatte sich sehr früh zu Bett begeben, konnte jedoch die ganze Nacht kein Auge schließen. Ein einziger Gedanke beschäftigte sie und bohrte sich ihr wie ein Nagel in den Kopf und in das Herz, der Gedanke nämlich, daß jetzt eine Fremde, vielleicht eine gekaufte Leibeigene, eine ganz gewöhnliche Person, in den Gemächern ihrer seligen Mutter schalten und walten sollte, und zwar auf den Wunsch ihres eigenen Vaters. Sie fühlte sich in ihren heiligsten Gefühlen getroffen und meinte, eine persönliche Mißhandlung ihres Vaters hätte sie leichter und geduldiger ertragen können, als diese Schmach; denn eine Handlungsweise, wie Fürst Bezsopolski sie augenblicklich beliebte, hätte sie wohl ihrem verschmähten Freier, dem kaukasischen „Wildschwein" zugetraut, niemals aber ihrem eigenen Vater.

Als sie am nächsten Morgen erwachte, fühlte sie sich leidend und wie gebrochen, und schon wieder wartete ihrer eine neue Hiobspost. Ihre Freundin und Vertraute erzählte ihr, die Fremde habe die Zügel des ganzen Hauswesens in ihre Hand genommen; sämtliche Diener mußten von ihr die Befehle entgegennehmen, der Koch sich den Speisezettel holen und die Hausmeisterin nach Erledigung ihrer Geschäfte die Schlüssel der Vorratskammern zurückbringen. Allein dieses war noch nicht alles. Bislang hatte die Fürstin in ihren Zimmern einen eigenen Samowar und ein elegantes Teeservice zu ihrem Gebrauch. Doch jetzt ordnete Justine an, man sollte fortan dem gnädigen Fräulein den Tee vom Bufett verabfolgen. Pauline errieet sofort, daß dieser Befehl von ihrem Vater ausging, der nach Kräften bestrebt war, seine Tochter auf alle nur denkbare Weise zu schikanieren, zu beleidigen und zu demütigen. Nach drei Tagen sollte sie einen neuen Schlag erleben; die ganze Dienerschaft, auch die treue Eudoxia, hatte sich mit der neuen Ordnung der Dinge ausgesöhnt und jauchzte in echt sklavischer Unterwürfigkeit der neuen „Herrin" zu. Diese Kunde betrübte und überraschte sie nicht weniger, als die Nachricht von der Ankunft der unbekannten, schönen Frau.

Am nächsten Morgen saß die Fürstin gegen elf Uhr in ihrem Ankleidezimmer am Stickrahmen, um durch fortgesetzte Arbeit ihre trüben Gedanken zu verscheuchen, als plötzlich Eudoxia leichenblaß und an allen Gliedern zitternd hastig eintrat.

„Sie kommt, sie kommt," rief sie. „Sie ist bereits da."

Die Fürstin schaute ihrer Dienerin sprachlos ins Gesicht, ohne jedoch ihre Worte zu verstehen. Auf einmal öffnete sich die Tür, und auf der Schwelle erschien eine hohe, üppige und schöne Frauengestalt, blieb an der Tür stehen und musterte mit spöttischem Lächeln das Gemach. Regungslos saß Pauline auf ihrem Sessel und starrte die Fremde wie geistesabwesend an; nach einigen Sekunden versuchte sie sich zu erheben, aber sie fühlte, daß die Füße ihr den Dienst versagten, ihre Hände bebten, und ein Schüttelfrost rüttelte ihren ganzen Körper, während es vor ihren Augen wie ein Nebelschleier lag. Die fremde, schöne Frau, die auf der Türschwelle stand, kam ihr wie ein Ungeheuer vor, welches das ganze Gemach ausfüllte und sie selbst zu Boden drückte. Mit süßem Lächeln trat Justine auf die Fürstin zu und redete sie mit ihrer melodischen Stimme an, obwohl diese gar nicht zu hören schien, und reichte ihr freundlich die Hand zum Gruß. Mit einer hastigen Bewegung sprang die Fürstin auf und schlug mit der Hand den Stickrahmen um, so daß dieser sich wie eine Scheidewand zwischen ihr und Justine aufrichtete, und indem sie mit der Rechten gebieterisch nach der Tür zeigte, rief sie mit gellender Stimme:

„Hinaus, hinaus, Du Auswurf der Menschheit!"

Mit einem Schlage veränderten sich die Züge der schönen Frau; sie lächelte nicht mehr, sondern sie murmelte nur etwas vor sich hin. Fürstin Pauline vermochte jedoch ihre Worte nicht zu vernehmen, und abermals rief sie in unheimlichem Tone, während Leichenblässe ihr Antlitz bedeckte:

„Hinaus, Du Auswurf der Menschheit, hinaus, hinaus!"

Allein die Fremde rührte sich nicht vom Platze, und Pauline eilte jetzt an ihr vorüber und flüchtete in ein anderes Gemach. Wie viel Zimmer sie durchschritt wußte sie selbst nicht; erst in dem Vorzimmer, in welchem stets zehn bis zwölf Lakaien saßen, kam sie wieder zur Besinnung. Unbewußt war sie in das Vorzimmer gelangt, und unbewußt rief sie den Dienern zu:

„Kommt, kommt . . . und werfet sie hinaus!"

Die Lakaien waren sämtlich sofort diensteifrig aufgesprungen; die einen errieten den Sinn ihrer Worte nicht, die anderen trippelten von einem Fuße auf den anderen, ohne jedoch dem Befehle der Fürstentochter Folge zu leisten.

„Ich befehle es Euch," fuhr Fürstin Pauline fort, „gehet und jaget mir jenen Auswurf aus meinen Zimmern."

Einige Diener gehorchten und gingen schüchtern und zaghaft an der Fürstin vorüber. In diesem Augenblicke sah Pauline, wie die schöne Fremde den Korridor entlang ging.

„Da ist sie," schrie sie mit heiserer Stimme. „Ergreifet sie, und werfet sie zum Hause hinaus! Ich kann nicht . . . . Ich will nicht . . ."

Mit diesem Aufschrei brach sie ohnmächtig zusammen und kam erst in ihrem Bette wieder zu sich; an ihrem Lager standen Eudoxia und zwei andere Mädchen. Die Fürstin erkannte, daß sie zum ersten Male in ihrem Leben ohnmächtig geworden war.

„In den Gemächern meiner Mutter . . ." flüsterte sie halblaut beim Erwachen, „sie . . . dieser Auswurf!"

Krampfhaftes Weinen erschütterte ihren Körper, und sie fühlte, daß ihre Willenskraft sie verlassen hatte.

Am folgenden Tage herrschte im Schlosse eine gewaltige Aufregung; es war nämlich in aller Frühe angeordnet, daß vier Diener zu einem längeren Aufenthalte außerhalb Moskaus sich bereit halten, und daß die Reisekutsche und drei Gepäckwagen instand gesetzt werden sollten. Wer aber verreisen würde, das wußte niemand; man nahm allgemein an, Justine werde wieder fortfahren, und hielt dieses auch für die beste Lösung. Nur die Fürstin und ihre Vertraute wußten genau, für wen diese Reisevorbereitungen getroffen wurden; denn am Morgen nach dem ärgerlichen Auftritte erhielt die Fürstin von ihrem Vater einen Brief, oder richtiger gesagt, ein offenes, zusammengefaltetes Schreiben, welches ihr ein Lakai auf einer silbernen Platte überreichte. Das Schreiben lautete folgendermaßen:

„Ungeliebte und ungehorsame Tochter,
Fürstin Praskowia Andrejewna!

Kinder werden nicht dazu geboren, daß sie, wenn sie erwachsen sind, gegen ihren Eltern sich widerspenstig benehmen und dieselben durch ihre Handlungsweise betrüben. Da ich auf Dein Wohl bedacht war, hatte ich die Absicht, Dich an einen ehrenwerten Mann zu verheiraten. In Deinen Jahren wäre ein solcher Mann für Dich ein großer Fund gewesen, allein Du zogest es vor, alte Jungfer zu werden, und nach meiner Ansicht bist Du alt genug, um über Dein Leben entscheiden zu können, obwohl Du, wenigstens nach meinem Dafürhalten, nicht die richtige Wahl getroffen hast. Doch das ist Deine Sache — Gott verzeihe es Dir — lebe wie Du willst! Allein Du mußt Deinem Vater ebenfalls gestatten, ganz nach seinem Belieben zu leben, Praskowia Andrejewna. Mein bisheriges einsames Leben widert mich an; ich komme mir wie ein Vogel im Käfig vor. Aber ich halte es für überflüssig, mich weiter über dieses Thema auszulassen, besonders einer — jungfräulichen Tochter gegenüber. Von nun wollen wir ein jeder für sich leben. Doch da es für uns beide unter einem Dache zu enge zu sein scheint, so schlage ich Dir vor, alle Sachen, die Dein persönliches Eigentum sind, zusammenzupacken und morgen früh Dich auf unser Gut im Gouvernement Kasan zu begeben. So lange ich lebe, und so lange Du unverheiratet bist, muß Du dort bleiben. Sterbe ich, nun so hast Du Deinen eigenen Willen; dann wird alles Dein sein. Nur zweierlei habe ich Dir zu sagen: einmal, daß ich keinen Funken von Vaterliebe mehr für Dich empfinde, und sodann, daß ich von unserem Erbgute nichts verschenken werde, weder einen Leibeigenen, noch ein Tier, noch ein Kind. Nein, Du wirst alles dem Erbrechte gemäß unversehrt erhalten! Sollte ich einmal irgend jemand ein Geschenk machen, so werde ich die Mittel dazu nicht von dem Vermögen nehmen, welches ich ererbt, sondern das ich mir selbst erworben habe. Nun adieu! Auf Wiedersehen beim allgerechten Gott!

Dein Vater Fürst Andreas."

(Fortsetzung folgt.)

industrie, die nach der Metallindustrie die erste Stelle in der russischen Industrie einnimmt, steht die Gewerkschaftsbewegung, was bei dem niedrigeren Niveau und dem bäuerlichen Charakter der Arbeiter im zentralrussischen Textilrayon leicht begreiflich ist, noch völlig in ihren Anfängen; in der Arbeiterpresse sind lediglich 5 Textilarbeiterverbände registriert worden, die insgesamt 1300 Mitglieder zählen.

Zeigen die genannten Lücken in der russischen Gewerkschaftsbewegung, welch ungeheure Aufgabe die Gewerkschaftsbewegung in Rußland noch zu vollbringen hat, so ist aus der Statistik der letzten zwei Jahre doch der Schluß zu ziehen, daß der Aufschwung der Arbeiterbewegung auch auf diesem Gebiete befruchtend und anspornend gewirkt hat. Der Drang der Avantgarde der Arbeiterschaft nach einem organisatorischen Zusammenschluß hat doch die Hindernisse zu überwinden gewußt, die die Regierung und das Kapital der Arbeiterbewegung in den Weg stellen. Auch hier bewahrheitet sich das Wort: „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht."

Gewerkschaftsbewegung.

Eine verdächtige Arbeitsvermittlung. In Berliner Zeitungen werden von einem Nachweisbureau im Norden des Reiches unorganisierte Maurer und Zimmerer gesucht. Die Art, wie es hier auf Unorganisierte abgesehen ist, läßt schon darauf schließen, daß man es mit einem nicht ganz sauberen Geschäftsunternehmen zu tun hat. Die Zahl der beschäftigungslosen Maurer und Zimmerer ist überall so groß, daß damit alle vorhandenen Bedürfnisse an Arbeitskräften vollauf befriedigt werden können. Wo aber ganz besonders unorganisierte Leute verlangt werden, steht von vornherein fest, daß sie als Streikbrecher oder als Sturmböcke gegen die Organisation verwendet werden sollen. In diesem Falle scheint man mit den Leuten noch ganz etwas besonderes vorzuhaben, denn es wird ihnen nicht einmal gesagt, für welchen Ort sie angeworben werden, sie werden einfach nach dem Bahnhof bestellt und dort verladen. Damit das Geschäft ja nicht in die Brüche geht, sollen die Leute erst unterwegs erfahren, zu welchem besonderen Zweck man sie zu mißbrauchen beabsichtigt. Damit die Sache recht geheim bleibt, wurden vor einigen Tagen die Leute nach dem Lehrter Bahnhof bestellt. Vermutlich aber hatte der Sklavenhändler bemerkt, daß seine Arbeitsvermittlung beobachtet wurde, denn er gab plötzlich als Gegenordre den Anhalter Bahnhof als Sammelplatz an. Leider finden sich immer noch Arbeiter, die sich solchen gewissenlosen Menschenhändlern verschreiben. Die wirtschaftliche Not, die namentlich in Berlin unter den Arbeitern des Baugewerbes sehr groß ist, mag manchen Familienvater zwingen, auf solche Arbeitsangebote einzugehen. Indessen sollte doch jeder Arbeiter, dem noch etwas Charakter innewohnt, daran denken, daß bei einem solchen Menschenhandel, bei dem er die Ware darstellt, seine Menschenwürde verloren geht. Die Angeworbenen können nur dazu benutzt werden, irgendwo als Streikbrecher zu dienen, oder um mit ihnen die Organisationen an einigen Orten zu Grunde zu richten. Diese letzte Absicht, die Organisation zu vernichten, besteht besonders in Mecklenburg. Wie der Pommersche Bauunternehmerverband im vorigen Jahre versuchte, die Organisation der Arbeiter in Pommern zu vernichten, indem er nur unorganisierte Arbeiter bei seinen Bauten dulden wollte, so versuchen es in diesem Jahre die Rittergutsbesitzer in Mecklenburg. An mehreren Orten haben die Unternehmer bereits versucht, einen dahingehenden Druck auf die ansässigen Arbeiter auszuüben, indem sie ihnen die Bauverträge zeigten, wonach sie nur unorganisierte Arbeiter stellen dürfen; sie versuchten demzufolge die Arbeiter aus der Organisation auszutreten. Nebenbei bemerkt liegt darin ein ausdrücklicher Verstoß gegen den Tarifvertrag im Baugewerbe. Bisher haben die Unternehmer kein Glück damit gehabt. Die Arbeiter haben das an sie gestellte Verlangen einfach abgelehnt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Verträge, die die Unternehmer mit den Gutsherren abgeschlossen haben, mit Hilfe der unorganisierten Berliner Bauarbeiter durchgeführt werden sollen. Gegen einen solchen allgemeinen Tarifbruch müssen die Bauarbeiter aufgerufen werden und es muß versucht werden, die Berliner Bauarbeiter, wo sie auftauchen, über ihr tarifschädliches Beginnen aufzuklären, damit sie die Arbeit unter solchen Umständen nicht aufnehmen.

Zur Aussperrung in der Solinger Waffenindustrie. Nachdem die ausgesperrten Arbeiter sich durch keine Maßnahme der Unternehmer dazu verleiten ließen, von ihren Forderungen abzustehen und auch die Suche nach Streikbrechern bisher erfolglos geblieben ist, suchen jetzt die Unternehmer die vorliegenden großen Waffenaufträge auswärts herstellen zu lassen. Durch Inverbindungsetzen mit den Arbeiterorganisationen anderer Städte, so mit Elberfeld, Barmen, Cronenberg, Haspe, Iserlohn, Gevelsberg, Remscheid, Köln, Düsseldorf, Suhl (Thüringen) und Berlin ist es jedoch in den meisten Fällen gelungen, daß diese Streikarbeit wieder nach Solingen zurückgeschickt wurde. Nun versucht der Unternehmerverband durch „Eingesandt" in der bürgerlichen Presse den Nachweis zu führen, daß die Arbeiter an dem Ausbruch des Streiks allein die Schuld tragen. Darauf veröffentlichte die Streikleitung in unserem Solinger Bruderblatt nicht weniger wie vier Verträge, die zwischen den streitenden Parteien in den Jahren 1907 und 1908 abgeschlossen wurden und aus denen hervorgeht, daß die Solinger Waffenfabrikanten so lange nach auswärts keine Aufträge vergeben dürfen, als die Arbeiterorganisation in der Lage ist, genügend Arbeiter zu vermitteln. Weiter heißt es in den Verträgen, daß bei Streitigkeiten, Lohndifferenzen usw. unter allen Umständen eine Vergleichskammer, bestehend aus je drei Vertretern der streitenden Parteien, anzurufen ist. Die Schwertfabrikanten haben aber ausgesperrt, ohne daß eine Vergleichskammer über die bei der Firma Eichhorn ausgebrochenen Differenzen entschieden hatte und das Bestreben der Arbeiterorganisation, vor Ausbruch des Streiks bei der Firma Eichhorn das Streitobjekt friedlich aus dem Wege zu räumen, wurde brüsk abgelehnt. Der Waffenfabrikantenverein hat demnach nachweislich Vertragsbruch begangen und alles Beschönigen in der bürgerlichen Presse kann diese Tatsache nicht aus der Welt schaffen. Daß den aussperrungswütigen Unternehmern das Messer an der Kehle sitzt, beweist die Tatsache, daß in einer Reihe von Fällen Waffenfabrikanten einzeln an die Arbeiter herangetreten sind, um sie zu bewegen, weiter zu arbeiten. Natürlich lehnten die Arbeiter das ab. Ein ehrliches Verhandeln mit den Arbeiterorganisationen lehnt der Unternehmerverband nach wie vor ab, trotzdem die Arbeiter dazu bereit sind. Wer bei diesem Kampfe terrorisiert, beweist eine Klage, die das Solinger Gewerbegericht in seiner letzten Sitzung beschäftigte. Ein Waffenarbeiter, der für nicht gesperrte Firmen schleift, hat seit Jahren von der Firma Schulter, die dem Verband angehört, eine Schleifstelle gemietet, aber sonst hat er mit dieser Firma, die keine Waffen herstellt, nichts zu tun. Dieser selbständige Arbeiter stellte nun einen streikenden Schwertschleifer als Gehilfen ein und beschäftigte ihn einen Tag. Da stellte Herr Schulter an ihn das Ersuchen, den Gehilfen sofort zu entlassen, da dieser auf der schwarzen Liste stehe. Als ihm bedeutet wurde, daß der Schleifstellenmieter beschäftigen könne, wen er wolle, erklärte Herr Schulter: „Der Mann kommt nicht zum Tore herein, der Unternehmerverband will das nicht." Das Gewerbegericht fällte gegen den selbständigen Waffenarbeiter ein Anerkenntnisurteil in Höhe von 80 Mk. Dieser wird nun die Firma Schulter schadenersatzpflichtig machen, und der Unternehmerverband dürfte letzten Endes die Kosten zu zahlen haben. Ob sich ein Staatsanwalt findet, der in diesem Falle gegen die Firma Schulter oder den Unternehmerverband ein Verfahren wegen Behinderung eines anderen an freiwilliger Arbeit einleitet, dürfte mehr wie zweifelhaft sein.

Ein vernünftiger Richter. Am 24. Februar kam es in Genf zu einem Renkonter zwischen Streikbrechern und einigen streikenden Tischlern. Auf Befehl der Tischlermeister verhafteten die Polizisten einige Streikende, die sich nun dieser Tage vor dem Polizeirichter wegen „Belästigung" Arbeitswilliger zu verantworten hatten. Polizeirichter Veillon fand aber, daß erstens die Verhaftungen einseitig auf Befehl der Tischlermeister erfolgt wären, und daß zweitens bei solchen Anlässen die gegenseitige Aufregung zu berücksichtigen sei und es versöhnlicher wirke, wenn die Angeschuldigten möglichst leicht bestraft würden. Aus diesen Gründen verurteilte er die meisten Angeklagten nur zu 5 Frank Buße; ein Urteil, das angenehm von anderen in ähnlichen Fällen ergangenen Gerichtsentscheiden absticht.

Internationales.

Frankreich. In der staatlichen Tabakmanufaktur in Nancy (Frankreich) legten alle 1100 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit nieder, um die Wiedereinstellung von drei gemaßregelten Kollegen zu erzwingen. In Paris treten 400 Arbeiter und Arbeiterinnen eines großen Pelzgeschäfts in den Streik, weil man nach Einführung neuer Maschinen eine bedeutend höhere Produktion und Intensivität der Arbeit verlangte bei alten Löhnen und zehnstündiger Arbeitszeit.

Spanien. In der spanischen Provinz Catalonien dehnt sich der Textilarbeiterstreik immer mehr aus. Die Regierung, die erst im Vorjahre einen gleichen Streik durch die Verordnung des Zehnstundentages beendete, wendet sich jetzt gegen die Arbeiter, die endlich die Durchführung der versprochenen Reform fordern. Obendrein überflutet sie das Streikgebiet mit Militär.

England. Ein Stillstand des gesamten Verkehrs und der Industrie, soweit er von der Elektrizität abhängig ist, wird für die nächste Woche in London befürchtet, da die Unternehmerorganisation die Forderungen der Elektriker usw. entschieden abgelehnt hat; besonders folgenschwer dürfte eine Betriebseinstellung der Untergrundbahnen werden. Beide Teile, Unternehmer und Arbeiter, sind in der elektrischen Industrie gut organisiert. Der bedingte Streik wird schon für Sonnabend angekündigt.

Eine Konferenz von Vertretern der englischen Gewerkschaften des Transportgewerbes und ungelernter Berufe, die zusammen rund 400 000 Mitglieder zählen, beschloß im Prinzip den Zusammenschluß. Ein detaillierter Verschmelzungsvorschlag wird allen Mitgliedern zur Urabstimmung vorgelegt werden.

Kommunales.

Maßlose Hausagrarierforderungen. In Magdeburg liegt seit langer Zeit die Bautätigkeit völlig darnieder, wodurch ein schwerer Wohnungsmangel heraufbeschworen ist. Nur 1,6 Prozent der Wohnungen stehen leer. Eine solche Wohnungsnot ist den Hausagrariern ein durchaus erwünschter Zustand. Das haben die Hausbesitzervereine in Magdeburg auch richtig erfaßt; in einer stark besuchten vertraulichen Versammlung beschlossen sie einstimmig die Mieten in ganz Magdeburg durchgängig um nicht weniger als 15 Prozent zu erhöhen. Der Referent betonte, daß diese 15 Prozent nicht genügen könnten, sondern nach etwa zwei Jahren müsse eine weitere Steigerung um 10 Prozent erfolgen! Die Erhöhung wurde mit den üblichen Redensarten begründet: den Hausbesitzern würden Lasten über Lasten aufgebürdet, sodaß mancher bei der Verwaltung seines Hauses Geld drauf legen müsse usw. In ihrem maßlosen Verlangen nach mehr Miete verloren die Hausagrarier alle Herrschaft über sich selbst. Mit Beifall wurde die Drohung aufgenommen, durch gleichzeitige Kündigung von 30000 Wohnungen das ganze Geschäftsleben stillzulegen. Ein Redner verstieg sich zu der Bemerkung, man solle die Großmäuler von Mieter an die Luft setzen und zwingen, sich selbst ein Haus zu bauen. Die Herren fühlten sich ganz unter sich und glaubten, auf die Öffentlichkeit keine Rücksicht nehmen zu brauchen; sie hatten nämlich zu Beginn ihrer Versammlung die Pressevertreter aus dem Saal gewiesen! Die schrankenlosen Forderungen der Hausagrarier müssen einen Sturm der Entrüstung in der Mieterschaft zur unausbleiblichen Folge haben. Die Mieter werden zur Selbsthilfe greifen, indem sie die Baugenossenschaften stärken, und darüber hinaus wird der Gedanke neue Anhänger finden, den die Sozialdemokratie verficht, daß das Wohnungswesen seines privatkapitalistischen Charakters entkleidet werden muß. So werden auch die Hausbesitzer zu einem Teil von jener Kraft, die Böses will und Gutes schafft.

Zur monumentalen Ausschmückung des neuen Rathausplatzes in Dresden bewilligten die Stadtverordneten auf die Dauer von acht Jahren jährlich 25600 Mk. unter der Bedingung, daß die Günztstiftung den gleichen Betrag dazu gibt. Die geplante künstlerische Ausführung der Brunnenanlage wurde dem Dresdner Bildhauer Wrba übertragen.

Aus dem Gerichtssaal.

Verbrechen wider das keimende Leben. Das pfälzische Schwurgericht in Zweibrücken verhandelte gegen den Tüncher Peter Lipp aus Dürkheim und gegen dessen Ehefrau Katharine Lipp wegen Verbrechens wider das keimende Leben und fahrlässiger Tötung, sowie gegen den Kaufmann Georg Zöller aus Roschbach wegen Beihilfe. Zöller hatte ein Verhältnis mit einem 25jährigen Mädchen aus Freinsheim, das nicht ohne Folgen blieb. Die Eheleute Lipp machten bei dem Mädchen mit Instrumenten Eingriffe, an deren Folgen das Mädchen starb. Zöller soll die Eheleute Lipp mit 300 Mk. honoriert haben. Lipp wurde zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, seine Frau zu 2 Jahren Zuchthaus und Zöller zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Schreckenstat eines Wahnsinnigen. In der Müllerstraße in Berlin kam es in einem Schanklokal zu einem Streit. Der frühere Kutscher und jetzige Rentenempfänger Reggentin wurde aus dem Lokal gewiesen. Er schoß auf seine Gegner, ohne zu treffen und ergriff dann die Flucht. Dabei schoß er auf einen seiner Verfolger, den Schleifer Zilius, den er in die Brust traf. Zilius starb in der Charitee. Ein anderer Arbeiter wurde durch einen Schuß verletzt. Der Täter wurde schließlich verhaftet; er scheint geistesgestört zu sein.

Soldatenselbstmord. In der Kaserne an der Reilstraße in Halle beging ein Soldat der 3. Kompagnie Selbstmord, indem er sich mit seinem Gewehr eine Platzpatrone in den Kopf schoß. Er hatte sich nach Empfang eines Briefes vor einigen Tagen ohne Urlaub zu seinen in der Nähe von Naumburg wohnenden Eltern begeben, von wo er abgeholt wurde, so daß er eine Strafe wegen unerlaubter Entfernung zu gewärtigen hatte.

Ein von Jagow sanktionierter Verein. Der vor nahezu zwei Jahren ausgebrochene Konflikt zwischen dem Verein Berliner Feuerwehrmänner (E. V.) und der vorgesetzten Behörde, der auch die breite Öffentlichkeit und die Parlamente interessierte, hat, so meldet eine Berliner Korrespondenz, durch die Vermittlung des Ministers des Innern eine „befriedigende Lösung" gefunden. Den aktiven Feuerwehrmännern wurde gestattet, sich mit den pensionierten Chargen und Feuermännern zu einer Vereinigung der Berliner Feuerwehrbeamten zusammenzuschließen, die sich bereits am 7. Januar ds. Js. gebildet hat. Die aktiven Chargierten gehören dieser Vereinigung nicht an, sondern haben einen besonderen Chargiertenverein gegründet.

Eine Kasernentragödie. In der vorigen Woche erhielten die in Brandenburg wohnenden Eltern eines Handlungsgehilfen, der bei der 12. Kompagnie des 33. Infanterie-Regiments in Gumbinnen diente, die Nachricht vom Tode ihres Sohnes. Der 22jährige junge Mann hat seinem Leben durch Erschießen mit seinem Dienstgewehr ein Ende gemacht, weil er das Martyrium seines Dienstes nicht länger auszuhalten vermochte. In einem kurz vor seinem Tode geschriebenen Briefe an seine Eltern hieß es:

Liebe Eltern!

Wenn Ihr diese Zeilen lesen werdet, so werde ich wahrscheinlich nicht mehr unter den Lebenden weilen. Ich will nämlich die längst gehegte Absicht, aus dem Leben zu scheiden, ausführen, denn ich kann die unmenschliche Behandlung, die einem Soldaten zuteil wird, nicht mehr länger ertragen. Alle möglichen und unmöglichen Schimpfworte muß man sich gefallen lassen. Täglich muß ich hören, daß ich ein krummer, hungriger Hund bin, der beim Kommiß gerade und sich mit ordentlich satt fressen will, weil er im Zivil nichts zu fressen bekommen hat. Ferner werden mir beim Kompagnieexerzieren von den Stammannschaften Beine gestellt, und wenn man sich beim Feldwebel darüber beschwert, wird man nur ausgeschimpft und obendrein wird man während der freien Zeit, während der man die Lumpen reinmachen kann, vom Gefreiten vom Dienst zu allen Arbeiten, wie Hoffegen usw., herangezogen. Auch mit dem Stubenältesten hat man so seinen Ärger. Er läßt sich von uns die Stiefel putzen und als Dank dafür reißt er die Betten herunter und die Stiefel steckt er in den Waschkeimer. Wenn wir mal einen Ausmarsch von 30 Kilometern hinter uns haben, dann bin ich so schlapp, daß ich mich kaum auf den Beinen halten kann. Wie soll ich dann die Strapazen im Sommer aushalten, wenn ich jetzt schon bei leichtem Gepäck beinahe auf dem Wege liegen bleibe? Da ich mich eben nicht länger quälen will, mache ich jetzt Kurzschluß mit diesem Sklavenleben. Große Schwierigkeiten macht mir der Parademarsch, da ich dazu viel zu steif bin. Heute beim Einzelmarsch mit Gewehr mußte ich hinter den anderen ohne Gewehr hermarschieren, und zwar mit Hände vor- und seitwärts strecken und Kopfrollen wie ein Clown oder wie ein Wahnsinniger. Ich könnte noch viel mehr von meinen Leiden erzählen, aber ich will mit meiner Jammerepistel schließen.

Nun bitte ich Euch liebe Eltern und Brüder, vielmals um Verzeihung, daß ich Euch diesen Kummer bereiten muß, doch ich kann nicht anders handeln, wenn ich mich nicht noch zwei Jahre und vielleicht später als Invalide herumquälen will. Lebt also wohl. Euer Euch liebender Sohn und Bruder Hans.

Dieser Brief stammte vom 10. März, wurde aber nebst einer Nachschrift erst am 15. März abgeschickt. Am 16. März führte der Schreiber seinen verzweifelten Entschluß aus. Mit einem deutschen Gruß bat er die Verwaltung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, sein Sparkassenguthaben seinen Eltern zu überweisen. Und nun können die Lobredner unseres Militärsystems wieder in die Welt hinauslügen, die sozialdemokratische Presse wäre schuld an dem wachsenden Unwillen gegen dieses System, sie verekele den jungen Leuten die Freude am Soldatenleben!

Tragisches Geschick. In einem Orte bei Wollstein wurde in einem Kanal die Leiche der Frau Kallarski aufgefunden. Die Frau hatte sich vor kurzem gegen den Willen ihres Vaters verheiratet, worauf sich dieser in seiner Scheune erhängte. Dies hatte sich die Tochter so zu Herzen genommen, daß sie ins Wasser ging.

Schweres Brandunglück. In einem Warenhaus in Upper Hutt bei Wellington in Neuseeland brach um Mitternacht Feuer aus. Als sich mehrere Personen bemühten, die Waren in Sicherheit zu bringen, erfolgte eine furchtbare Azetylenexplosion, bei der sechs Personen den Tod fanden und etwa zwölf verletzt wurden. Einige der Verunglückten wurden vollständig in Stücke gerissen.

Wieder verhaftet. Der Schiffsführer Polzenhagen und der Bootsmann Valentin, die bei Köpenick den Zusammenstoß zwischen ihrem Schleppdampfer und einem Fährboot verursacht haben sollen, sind auf Veranlassung des Untersuchungsrichters aufs neue verhaftet worden.

Seinem Leben ein Ende gemacht hat der Geschäftsagent Rossing in Zweibrücken, der wegen Verleitung zum Meineid zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. In der Gefängniszelle erhängte er sich.

Kurz vor der Rettung erdrückt. Auf der Zeche Oberhausen sind zwei Bergleute verschüttet worden. Als man nach dreißig Stunden zu den Verunglückten, die bis dahin unversehrt geblieben waren, vorgedrungen war und einen von ihnen bereits gerettet hatte, wurde der zweite von nachstürzenden Gesteinsmassen abermals begraben und erdrückt und konnte nicht mehr lebend geborgen werden.

Besorgniserregende Nachrichten kommen aus dem Überschwemmungsgebiet in den Staaten Ohio und Neuyork. Der Schaden, der im Tal des Mohawk-Flusses entstanden ist, beläuft sich auf über 100 Millionenn Mark. Im Mohawk-Tal hat das Wasser eine Höhe erreicht, wie selbst bei den Riesenüberschwemmungen im Jahre 1913 nicht. Weite Strecken in Utika, Neu-Amsterdam und Albany stehen unter Wasser. Viele Brücken des Mohawk-Flusses wurden von der starken Strömung fortgerissen. In Binghampton stehen 200 Wohnhäuser vollständig unter Wasser.

Opfer der Aviatik. In Straßburg ereignete sich gestern nachmittag 4¾ Uhr ein schwerer Flugunfall. An einer Kurve rutschte ein Doppeldecker der Luftverkehrsgesellschaft ab. Der Führer Leutnant Schulz erlitt einen Unterschenkelbruch und Kopfverletzungen; der Beobachter Hauptmann Reinhard vom Infanterie-Regiment Nr. 70 war tot. Der Apparat wurde vollständig zertrümmert.

Angriffe auf einen Wachtposten. Aus Straßburg wird gemeldet: Als in der Nacht zum Montag auf dem östlich von Kehl gelegenen Fort Kirchbach die Glocke an der Einlaßpforte gezogen wurde und der wachthabende Sergeant vom Infanterieregiment Nr. 136, in dem Glauben, es sei der aus der Stadt zurückkehrende Kommandeur des Forts, die Tür

öffnete, fiel aus nächster Nähe ein Schuß. Die Kugel streifte leicht die Brust des Unteroffiziers. Als dieser einige Schritte hinausging, um sich nach dem Täter umzusehen, fiel ein zweiter Schuß. Diesmal wurde der Wachthabende in die Leistengegend getroffen. Die Kugel plattete aber an einem Fünfmarkstück in seinem Portemonnaie ab, ohne Schaden zu tun. Die sogleich ausgeschickten Patrouillen kehrten unverrichteter Sache zurück, da es in der tiefen Dunkelheit nicht möglich war, den Täter zu ermitteln.

Sozialdemokraten sind minderwertig. In Kapellen, einem kleinen Orte des Landkreises Neuß-Grevenbroich, hatte einer unserer führenden Genossen das uneheliche Kind eines armen Mädchens an sich genommen und es in aller Liebe erzogen. Jetzt erhält dieses Mädchen folgendes Schreiben vom Oberbürgermeister der Stadt Köln:

„In der Vormundschaftssache Ihres Kindes ersuchen wir um **baldige** Mitteilung, wie lange Sie beabsichtigen, Ihr Kind bei W. (folgt der Name unseres Genossen) zu belassen. W. ist nach Mitteilung des Waisenrats Kapellen Führer der Sozialdemokraten. Derselbe ist Atheist und würde an religiöse Erziehung des Kindes nicht zu denken sein.“

J. A. (folgt Unterschrift).

So die Verwaltung der Stadt Köln. Sie achtet gar nicht darauf, wie die **Pflege des Kindes im allgemeinen** aussieht, nein, die **Religiosität** der Erziehung ist in Frage gestellt, und **deswegen** drängt sie darauf, daß unserem Genossen das Kind wieder genommen wird.

Ein Opfer der Schießinstruktion. Aus Metz wird berichtet: Als am Sonnabend ein Zivilist von der Feste Lothringen einen Sack Kohlen stehlen wollte und trotz dreimaligen Anrufens des Postens nicht stehen blieb, sondern flüchtete, **schoß der Posten.** Der Mann brach zusammen, wurde aber nicht mehr an der Stelle aufgefunden. Wie sich herausstellte, stammte er aus Feves bei Metz, woselbst er Sonntag früh **gestorben** ist. Für einen Sack Kohlen hat der „Zivilist“ also die Todesstrafe erlitten.

Vorsicht für Seefahrtslustige! Von der Sektion der **Seeleute des Belgischen Transportarbeiterverbandes** erhalten wir folgende Zuschrift: Schon seit längerer Zeit erscheinen in deutschen Zeitungen Annoncen wie folgt: „Junge Leute, welche bereit sind, zur See zu fahren als Koch oder Kellner, finden Stellungen mit einem dreimonatlichen Lohn von 1200 und 1500 Mk. auf Schiffen ... usw. ... Meldungen an **Paul Rockstroh**, 16 Place de la Commune, Antwerpen, Belgien.“ — Wir machen darauf aufmerksam, daß diese Annonce reiner Schwindel ist. Die Sache ist in Händen der Staatsanwaltschaft Antwerpens. Alle Mitteilungen über diese Sache erbittet: Schutzverein der Seeleute, Antwerpen, 8 St. Pietersvliet.

Standesamtliche Nachrichten

vom 22. bis 28. März 1914.

Eheliche Geburten.

a) Knaben: (Name und Beruf des Vaters).

16. März. Handlungsgehilfe C. W. F. Ch. Tiedemann. 17. Arbeiter H. J. H. Lühr. Arbeiter H. G. E. Pott. Friseur und Zahntechniker H. H. C. Kruse. 18. Schweizer K. F. W. Heyn. 19. Oberkellner M. L. Haupt. Bäcker P. F. H. Jörck. 20. Maurer E. A. H. Badsteen. Restaurateur J. F. W. Benn. 21. Lokomotivheizer H. J. A. Schröder. Hauptmanna. D. J. Ohrtmann (Gronenberg). Arbeiter J. Kapusziok (Zwillinge). Arbeiter F. M. W. R. Bartels. 22. Viehkommissionär W. H. Koeppke. Steinschleifer K. H. Frankenberger. Matrose F. V. J. Borgert. Arbeiter St. Herbowski (Bergedorf). 23. Steinsetzer H. H. W. Tralau. Packer M. F. W. Schultz. 24. Buchbinder J. R. Stender. Arbeiter B. R. Kelz. 25. Arbeiter F. Nitz. Arbeiter W. R. R. Brusberg. 26. Müller R. M. F. K. Lange. 28. Nieter H. F. H. Bischoff.

b) Mädchen: (Name und Beruf des Vaters).

18. März. Händler G. L. F. Cummerow. 19. Gärtner H. C. Chr. Strunck. 21. Zimmermann F. W. E. H. R. Schmehl. Viehhändler F. J. W. Plagmann. 22. Bäcker C. W. O. H. Schallert. Friseur W. P. C. H. Bohnhoff. Kaufmann A. F. C. Sauermann. 23. Arbeiter E. F. H. Boch. Arbeiter E. F. H. W. Maack. Arbeiter J. H. F. Karstens. 24. Schutzmann J. R. Felske. 25. Kesselschmied E. F. L. Langfeldt. 26. Arbeiter G. A. Eck. 27. Kutscher W. F. F. Sahmkow (Zwillinge).

Angeordnete Aufgebote.

23. März. Arbeiter E. J. Aschberg und M. D. M. Walter in Steinhof. Maler A. L. Th. Bunge und E. H. L. Pagel, beide in Seeretz. Rentner H. W. Lüth und S. K. M. Stange in Niendorf a. d. Ostsee. Dachdecker F. J. H. von Glahn in Wilhelmsburg und M. D. E. Reuter geb. Blöß. Schutzmann F. A. M. Krusch und K. D. M. Walsen. Lokomotivführeranwärter A. G. Müller und K. K. H. Müller. Bureaugehilfe K. W. Rudolph und P. S. H. A. Junge. Postassistent W. A. H. K. Dittmer in Hamburg und M. A. S. Storm. Lehrer A. A. J. A. Schmidt und D. E. B. Hack. 24. Friseur A. P. Härtig und E. M. W. D. Meyer. Maschinenschlosser F. W. K. Möller und M. Chr. M. Jahncke. Schlossergeselle P. H. J. P. Mustin und W. H. M. Kempke in Peckatel. Arbeiter J. H. H. Dahlenburg und J. Schmidt in Hamburg. 25. Schutzmann F. J. H. Voß und T. H. D. Schröder in Itzehoe. Arbeiter H. F. E. Schumacher in Ravenskamp und A. M. E. Sternhagen in Marienwohlde. Vizefeldwebel H. W. F. Wulff und E. M. F. Tolzin in Rostock. Bureaugehilfe K. F. J. H. Hübner und R. Th. Rönnau. Hausdiener K. J. H. Siggelkow und E. D. M. Sahlmann. 26. Arbeiter J. A. Chr. Sindt und E. M. W. Chr. Schwarz. Zahlmeister-Aspirant H. W. Wrobel und A. M. M. Behne. Sanitäts-Vizefeldwebel E. A. Roscher und J. E. M. M. Schröder in Laage. Arbeiter A. F. W. Lüdtke und B. A. M. Buse, beide in Klotzen. Gärtner P. F. Bock in Großholz und M. M. A. Meinz in Ratzeburg. 27. Arbeiter D. D. Chr. Weidemann in Rensefeld und E. J. W. Pätau. Arbeiter J. H. W. Oldenburg in Schlagsdorf und S. A. Wittern. Schlossergeselle F. F. K. W. Piehl und M. L. K. Haase. Direktor des Statistischen Amtes Dr. phil. H. J. Hartwig und E. M. Trommershausen in Marburg. 28. Molkereipächter F. J. Oelkers und K. Bestle, beide in Pfaffenhofen. Schneidergeselle R. W. A. K. Giese in Hamburg und B. K. D. Höppner. Stationsschaffner J. J. H. Behr und D. Chr. K. Burmester geb. Grube. Handlungsgehilfe J. J. H. H. Chr. Kassow und B. W. K. E. Mühlpfort. Bäckermeister W. E. K. G. Bannow und F. E. K. D. Kähler in Palingen.

Eheschließungen.

26. März. Polizeileutnant H. J. van Palenstein-Heldermann in Amsterdam und D. W. R. K. Hornbogen. 28. Postbote W. H. L. Abraham in Hamburg und K. M. W. Schwarz. Handlungsgehilfe K. W. L. Piest und L. S. M. Kirstein. Arbeiter A. Kurtz und M. Adamski geb. Kinaszewicz. Arbeiter H. G. Wruck und A. M. E. Carstens. Maschinenschlosser E. F. H. Koss und H. S. K. Bokholt. Schuhmacher L. F. Dose und M. D. K. Bosau in Bad Schwartau. Tapeziergehilfe J. F. J. F. Martens und M. F. A. Behrens. Schuhmacher G. F. Boll in Dannau und A. M. J. Hagedorn. Arbeiter O. Sprick und G. M. Strozyk.

Sterbefälle.

21. März. Arbeiter F. Paczkautskas, 40 J. H. M. M. E. Möller, 6 T. 22. Chr. M. E. geb. Bremer, Ehefrau des Arbeiters J. H. F. Burmeister, 58 J. C. C. E. geb. Wegener, Ehefrau des Fuhrmannes J. J. H. Dunker, 72 J. (Schlutup). F. H. E. Schramm, 76 J. Ein totgeb. Knabe, Vater: Vorarbeiter F. Nürnberg. W. S. F. geb. Zierow, Ehefrau des Schneiders J. F. J. Reshöft, 58 J. 23. L. W. B. J. geb. Kniep, Witwe des Arbeiters R. P. J. H. W. Heinrich, 50 J. C. M. E. geb. Krieger geschiedene Holtfoth, Ehefrau des Arbeiters C. J. F. Krull, 61 J. L. H. A. Buck, 5 Mt. Bureaugehilfe F. J. H. P. Scharrenberg, 19 J. F. Borgert, 1 Tag. 24. M. A. A. geb. Schultze, Witwe des Konsuls K. G. Nölting, 80 J. C. E. geb. Wachtmann, Witwe des Arbeiters H. F. A. Bosau, 72 J. G. B. M. Harnack, 15 T. A. S. M. geb. Lippmann verwitwete Bischoff und Krüger, Ehefrau des Kürschners H. G. K. Jahns, 75 J. Arbeiter H. F. Kippe, 73 J. 25. O. F. E. Ohde, 1 J. Schuhmacher K. F. H. Schmidt, 47 J. Hospitalit H. G. Rinck, 74 J. 26. J. C. E. geb. Dehlsen, Witwe des Lokomotivführers a. D. H. K. J. Drews, 73 J. Arbeiter H. J. F. Steinfath, 76 J. Stellmachermeister J. J. C. Groth, 60 J. (Kurau). 27. H. W. Sahmkow, 15¼ St. 28. Ein totgeb. Knabe, Vater: Güterabfertigungsvorsteher F. F. A. Derlien. F. M. J. geb. Peters, Ehefrau des Händlers A. W. Lörch, 60 J.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Frühlings-Zauber

birgt sich in jeder unserer neuen Condor-Modeformen, deren Preiswürdigkeit drei Millionen hochschätzen!

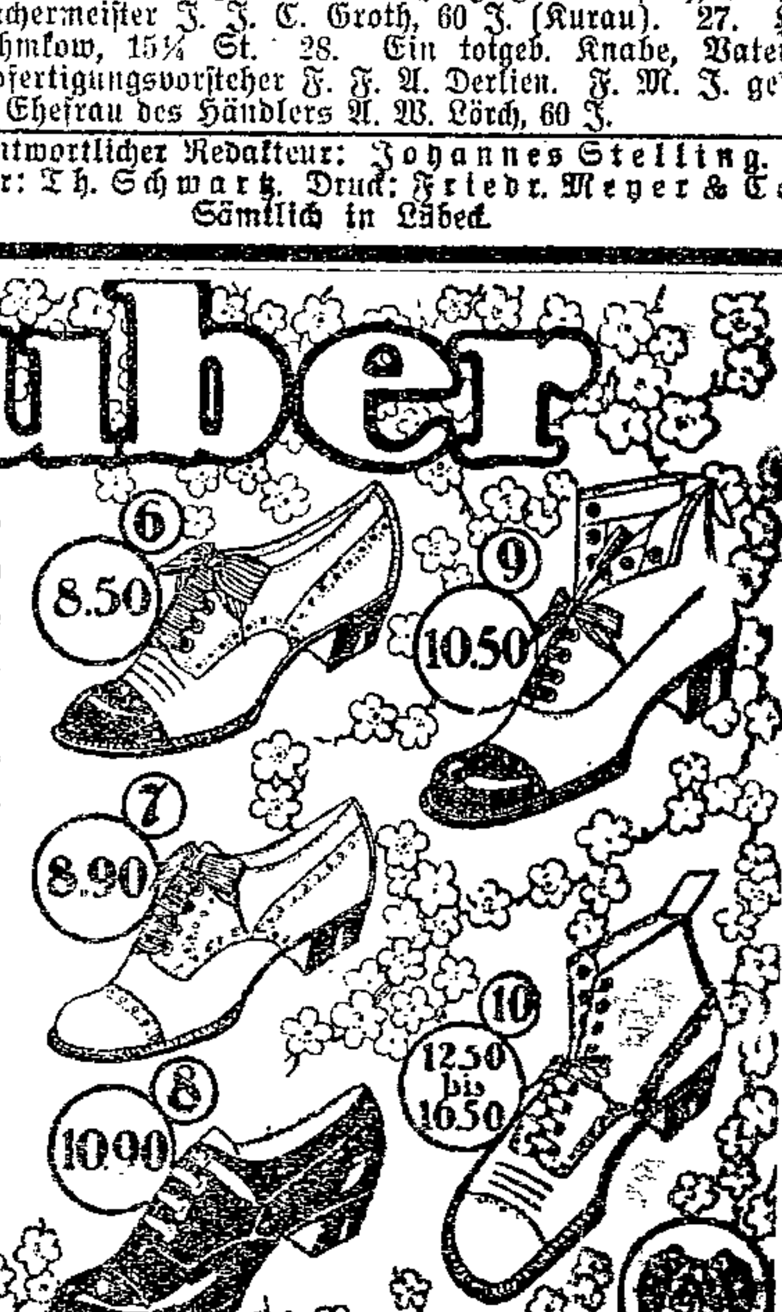
Nr. 1. Echt Chevreau, Lackkappen ... 9.20 Ia braun Chevreau, Lackkappen 10.50
Nr. 2. Neueste Goodyear-Welt-Modelle, schwarz und farbig 12.50
Nr. 3. Chromleder, Lackkappen ... 6.50 Chevreau, Lackkappen 8.90
Nr. 4. Grau echt Chevreau, mit Stoffeinsatz .. 7.50
Nr. 5. Braun, beige und grau mit schwarzem Lackblatt 10.50

Mädchen- und Knaben-Stiefel
kräftiges Rindboxleder, modern breit,
Gr. 25–26 2.95 Gr. 27–30 3.75 Gr. 31–35 4.25
Braun glatt Ziegenleder, Lackkappen, elegante Form, Gr. 25–26 4.30 Gr. 27–28 4.80
Gr. 29–30 5.40 Gr. 31–33 5.80 Gr. 34–35 6.20
Reizende Kinder-Stiefel u. -Halbschuhe
schwarz und farbig, in reicher Auswahl.

Nr. 6. Chromleder, Lackkappen 8.50
Nr. 7. Braun Chevreau 8.90
Nr. 8. Lack, Riemenschnürung 10.90
Nr. 9. Schwarz Chevreau, Lackkappen oder Boxkalfbesatz ohne Lackkappen 10.50
Nr. 10. Letzte farbige Neuheiten, grösste Formenauswahl, Original-Goodyear-Welt 16.50 bis 12.50

CONDOR-PATENT-
Herren-Schnürstiefel, ohne zu schnüren,
D. R. P. 174209. Verblüffend bequem u. hochelegant!
In den beliebtesten Lederarten, schwarz und farbig
19.50 17.50 15.50 12.50 11.50

SPORTSCHUHE UND STIEFEL
Haus-Schuhwaren, höchst preiswürdig.



Schuhwarenfabrik Conrad Tack & Cie Akt. Ges.
Verkaufsstelle: Conrad Tack & Cie
Lübeck: Breite Straße 47. Tel. 2586.

Montag nacht entschlief nach kurzer Krankheit mein lieber guter Mann
Fritz Brandt
im 66. Lebensjahre.
In tiefer Trauer (254[illegible]
Frau Henriette Brandt
geb. Roskidda.
Ludwigstraße 58.
Die Trauerfeier beginnt am Donnerstag, nachm. 2¾ Uhr, in der Kapelle des Vorwerker Friedhofs.

Verband der Brauerei- u. Mühlenarbeiter
Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.
Am 30. März starb unser Mitglied, der [illegible]
Fritz Brandt
im 66. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 2. April, nachmittags 2¾ Uhr, von der Vorwerker Friedhofskapelle statt.
Die Mitglieder versammeln sich um 2¼ Uhr im „Weißen Hirsch“.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
2548) Der Vorstand.

Suche noch Waschstellen.
2512) Adlerstr. 43, Hinterhaus.

Suche sofort eine **ältere Frau** bei 2 kleinen Kindern tagsüber.
25[illegible]) Hundestr. 30/2.

Junge Witwe sucht Kontor und Laden zu reinigen, abends nach 7 Uhr. Angebote unter **K V 7** an die Expedition ds. Bl. (2515

Älterer Tischler (Halbinvalide) sucht für einige Stunden des Tages **Nebenverdienst** geg. bescheid. Anspr. Ang. u. **K A 112** an die Exp (2519

Möbl. Zimmer zu vermieten.
2513) Wickedestr. 58, I.

Zu verm. 2-Stuben-Wohn.
sofort oder später. (2555
Näheres Feldstr. 9, pt.

Gesucht zum 1. Juli **Zwei-Zimmer-Wohnung** v. jg. Ehepaar. Angebote mit Preis unter **O P 43** an die Exp. d. Bl. (2522

Ges. z. 1. Juli **Dreizimmer-Wohnung** b. 250 Mk. m. Gas v. Leuten m. 1 gr. Kind, Nähe Engelsgrube. Ang. u. **M K 6** an die Exp. (2552

Zu verk. ein guterh. **Kinderwagen** (bl. Kastenwagen) und ein Paar **Damenstiefel, Gr. 41.**
2549) Engelswisch 59, I.

Kinderbettstelle
zu verkaufen.
2527) Steinrader Weg 26c, part.

1 Blockwagen und 1 Gasherd
billig zu verkaufen.
2526) Lindenstraße 45, part.

Persil
für
Kinderwäsche
Henkel's Bleich-Soda
2503

Käse-Lager Schumacherstr. 12, Detail-Verkauf a. d. Diele.
Große Posten (2315
Rahmkäse und Schweizerkäse Pfund **60** Pfg.

Haus in der Travelmannstr. mit Drei-Zimm.-Wohn., gr. Garten mit Obstbäume zu verk. Käufer kommt frei zu wohnen. Ang. unt. **S T 39** an die Exped. dies. Bl. (2551

Fast neues eleg. Vertiko, Sofa, Kleiderschr., Ausziehtisch, 4 Stühle engl. Bettstelle m. Matr., Trumeau 2 Tepp. sof. z. verk. Breite Str. 33, I.

Hellblaues Kleid
für ein junges Mädchen billig zu verkaufen. (2525) Augustenstr. 14.

Ein neuer **Herren-Anzug** u. ein getrag. **Anzug**, große starke Figur, billig zu verkauf. Zu besehen nach 6 Uhr abends. Stiftenstr. 24, p. r.

Zusammenlegbar. Sportwagen
braunes Leder, billig zu verkaufen.
2523) Chasotstraße 16, Marli.

Eine Zither m. 200 Noten
zu verkaufen. Preis 12 Mk.
2514) Mittelstraße 12a.

Zu kaufen gesucht ein guterhalt. **Gasherd** mit Doppelsparbrenner. Angebote nach Sedanstr. 9, pt. (2542

Gesucht für neugeborenen Knaben **gute Pflegeeltern.** Angebote unter **A 50** an die Exp. d. Bl. 2516

Verloren von einer Witwe ein **Portemonnaie m. 7 ℳ** Inhalt in der Marlistr. Abzugeben gegen Belohnung Schönkampstr. 6, I.

Entflogen weißer Mövchentäuber. Wiederbringer erhält Belohnung.
2541) Attendornstr. 47, I.

Unter alte emaill. Töpfe werden neue emaillierte Böden gesetzt.
2507) Mengstr. 19.

Land-Verpachtung. 2563
Habe noch einige Parzellen Land abzugeben. **A. Henkel, Moisling.**

Damen- und Kindergarderobe
wird gutsitzend u. billigst angefertigt.
C. Bath, Werderstraße 24, Marli.

Empfehle meinen sauberen **Rasier-Salon** zur gefälligen Benutzung.
W. Lauck, Friseur,
2517) Wahmstraße 68.

Kiebitzeier
2539 kauft
Ferd. Holst,
obere Fleischhauerstraße 8.

Schillers Werke
3 Bände 4 Mk.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Heines Werke
3 Bände 4 Mk.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

April